

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.

„Tagblatt-Haus“
Erdbeer-Gasse geöffnet von 7 Uhr morgens
bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Fernsprecher:
Seriaz (Erpedition) 2453, Redaktion 52,
Druckerei 2466.
Kaufzeit von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.



Bezugspreis für beide Ausgaben: 50 Pfg. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Bringen-
sahn. 2 Mt. 50 Pfg. vierteljährlich durch alle deutschen Postämtern, ausschließlich Beleglosh.
Bezugs-Befehle nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die 3 Postämter, sowie die
131 Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Wehrheim die dortigen 36 Ausgabestellen und in den
benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“
in euzettlicher Spalte; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen
Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mt. für lokale Neblamen; 2 Mt. für auswärtige
Neblamen. Ganze, halbe, Drittel und Viertel Seiten, durchlaufend, nach beiderseitiger Vereinbarung.
Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen retrogradender Rabatt.

Kaufzeit-Annahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags.

Für die Aufnahme später eingereicherter Anzeigen in die nächstfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 289.

Wiesbaden, Freitag, 25. Juni 1909.

57. Jahrgang.

Morgen-Ausgabe.

1. Blatt.

Für das 3. Quartal 1909

auf das

„Wiesbadener Tagblatt“

Bezugspreis 1 Mt. 50 Pfg. vierteljährlich

abonnieren, findet sich Gelegenheit

im Verlag „Tagblatt-Haus“ Langgasse 27,

in den Zweigstellen der Stadt,

in den Ausgabestellen der Stadt und Nachbarorte,

und zum Bezugspreis von 2 Mt. 50 Pfg. vierteljährlich

bei sämtlichen deutschen Reichspostanstalten.

Die politische Lage.

Von Georg Gothein, M. d. R.

In der Finanzkommission ist der Regierungsentwurf über die Erbanfallsteuer mit Stimmengleichheit abgelehnt, im Plenum des Reichstags die Kotierungsteuer mit 203 gegen 155 Stimmen angenommen worden. Also an beiden Stellen ein Sieg des konservativ-kerikal-antijemitsch-polnischen Blokes! Daselbe Bild hat sich am Mittwoch bei der Reichszuwachssteuer wiederholt.

Nichtsdestoweniger ist die Situation nach wie vor ungeklärt. Es besteht noch immer eine gewisse Möglichkeit, daß für die Erbanfallsteuer im Plenum sich eine Mehrheit findet. Voraussetzung ist freilich, daß außer den bekannten fünf Konservativen die Freikonservativen geschlossen, die überwiegende Mehrheit der Wirtschaftlichen Vereinigung und die Sozialdemokraten dafür stimmen und auf der Linken kein Mann fehlt. Es gibt sanguiniker, die dann an eine Mehrheit von 20 Stimmen für die Erbanfallsteuer glauben.

Voraussetzung ist dabei, daß die Sozialdemokraten für die Erbanfallsteuer stimmen, trotz der horriblen Bestimmungen, die es dem Großagrarbeitz er ermöglichen, sich der Steuer zu entziehen, und die sie absolut ungeeignet zur Kontrolle der Einkommen- und Vermögenssteuer machen. Diese zugunsten des Großgrundbesitzes getroffenen Kautelen, wie sie der Finanzminister v. Rheinbaben so überaus klar dargelegt hat, sind so ungeheuerlich, daß es auch den Liberalen nur schwer zugeutet werden kann, ein so verhandeltes Erbschaftssteuer-Gesetz anzunehmen. Am schlimmsten sind die Bestimmungen, daß als Wert der Besteuerung eines landwirt-

schaftlich genutzten Besitzums nur das 20fache des nachgewiesenen Reinertrags und jedenfalls nicht mehr als die landwirtschaftliche Veleihungstare angelegt werden darf. Ein Gut im Wert von 1 Million Mark habe 700 000 M. Hypothekenschulden, die rund 30 000 M. Zinsen erfordern; der landwirtschaftliche Reinertrag wird — und das wäre bei der Art, wie die landwirtschaftliche Buchführung heute gemacht wird, schon sehr hoch — auf 2 1/2 Prozent = 27 500 M. nachgewiesen, so ergibt sich, daß der Erbe, der 300 000 M. bekommt, seinen Pfennig Steuern davon zu zahlen hat. Ja, der Reinertrag kann sogar auf 30 995 M. errechnet werden, das Erbe bleibt steuerfrei.

Die landwirtschaftliche Lage erstreckt sich nur auf den landwirtschaftlichen Wert. Sie berücksichtigt nicht das Vorhandensein nutzbarer Fossilien — Lehm, Thon, Kies, Steine, ja nicht einmal Braunkohlen, Salz- und Eisenerzvorkommen, die in vielen Gegenden Zubehör des Grundeigentums sind —, sie berücksichtigt ebenso wenig den Bauplatz wert, den die Güter in der Nähe großer Städte und in Industriebezirken haben. Kleinge Millionenvermögen würden also damit der Erbschaftsteuer entzogen, die unerhörteste Ungerechtigkeit würde begangen, nur um dem Großgrundbesitz nicht wehe zu tun. Der Erbe des Kapitalisten, dem 20 Morgen Terrain vor den Toren einer Großstadt zufallen, muß vielleicht 40 000 Mark Erbschaftsteuer davon bezahlen, der daneben liegende Erbe des Gutbesitzers für das 20fache Erbe nichts. Die Empörung weitester Volkskreise über die Art, wie es zahlreiche Großlandwirte verstehen, sich mit Hilfe einer „geordneten Buchführung“ der Steuerlast zu entziehen, ist bereits gewaltig, und stürmisch wird verlangt, daß endlich die Kontrolle, die Miquel schon bei seiner Steuerreform in Preußen in einer Nachlasssteuer forderte und die er für eine sachgemäße Selbstbestimmung als unerlässlich bezeichnete, wirklich eingeführt wird. Man wird es im Volke nicht verstehen, wenn statt einer wirklichen Kontrolle gegenüber dem Großgrundbesitz nur wieder der Schein einer solchen geschaffen wird. Und angesichts dieser Stimmung wird man es keinem Abgeordneten verdenken, wenn er in dieser Erbanfallsteuer keine „allgemeine“ Besitzsteuer erblickt und dafür nicht zu haben ist.

Und selbst, wenn sich für eine Erbanfallsteuer eine Mehrheit finden sollte, was höchst fraglich ist, so ist noch keine solche für die indirekten Steuern gegeben, da die Konservativen erklären, dann gegen alle indirekten Steuern stimmen zu wollen.

Die Lage ist demnach nach wie vor so unklar und so verfahren wie nur denkbar. Nur eine Auflösung des Reichstags könnte eine klare Situation schaffen; aber zu einem solchen Entschluß scheint man sich in den leitenden Kreisen auch nach

einem Scheitern der Finanzreform nicht aufschwimmen zu können. Es müßte denn sein, daß die bekantgegebenen Auflösungs-Mahnreden mehr sind als ein — Fühler!

Was nun?

Unter der Überschrift „Was nun?“ bringt die „Cöln-Zeitung“ folgende ihr aus Berlin zugegangene Auslassung:

„Bei der konservativ-ultramontanen Laski spielt Fürst Bülow eine episodische Rolle, und man rechnet damit, daß er zur großen Freude des Zentrums zurücktreten und einem neuen Manne Platz machen wird, der ebenso wie der mirke gemachte Bundesrat sich dem neuen Bloch in die Arme werfen muß. Unter dieser vom Zentrum mit großem Geschick herbeigerufenen Hypnose stehen heute die konservativen, deren Haltung völlig unverändertlich wäre, wenn sie nicht glaubten, auf diesem Wege schließlich durchdringen und ihre Besteuerungspläne verwirklichen zu können. Diese Rechnung dürfte ohne den Wirt gemacht sein, denn selbst, wenn der Bundesrat auf den Plan eingehen wollte, er könnte es nicht. Denn wie würde sich praktisch die Lage gestalten, wenn heute Fürst Bülow durch einen neuen Bloch gestürzt würde? Der Bundesrat wäre nach wie vor auf seine bisherige Stellungnahme festgelegt. Vor allem aber wäre es die preußische Regierung, die nicht nur durch den Fürsten Bülow, sondern auch durch alle anderen Regierungsvertreter die wichtigsten Punkte der Finanzreform des schwarzen Blokes auf das entchiedenste bekämpft hätte. Wenn die Konservativen zwischen der zweiten und dritten Lesung sich nicht noch eines anderen besinnen, so wird sich für die Regierung folgende Lage ergeben: Unter keinen Umständen kann sie die Gesetzgebung des neuen Blokes annehmen. Sie wird dann bloß vor die Wahl gestellt sein, ob sie den Reichstag bis zum Herbst vertagen und dann den großen Kampf von neuem aufnehmen will, oder ob sie trotz aller bisher geltend gemachten Bedenken zur Auflösung des Reichstags schreitet.“

Die Vertagung wäre sicherlich eine sehr schlimme Lösung, denn nicht nur würde durch sie dem Reiche die Notwendigkeit auferlegt werden, täglich 1 1/2 Millionen aufzubringen, sondern der ganze schwere Kampf, in dem wir seit einem halben Jahre stehen, müßte von neuem aufgenommen werden. Man müßte daher dieser Lösung widerstreben, wenn sie auch immer noch besser wäre als die Annahme der neuen sogenannten Finanzreform, die durch die wirtschaftlichen Schädigungen und die Beeinträchtigung unseres Erwerbslebens dem Reiche unendlich mehr kosten würde als die 1 1/2 Millionen täglicher Schulden. Die zweite Möglichkeit ist die Auflösung des Reichstags. Man hat gegen sie eingewendet, daß eine Wahlkampagne

Feuilleton.

Die Erdbeere in Volkshunde und Dichterwort.

Von jeher haben sich die Erdbeeren, diese Früchte voll köstlichen Wohlgeschmacks und wunderbaren Aromas, großer Beliebtheit erfreut. Schon den Alten waren sie bekannt — Virgil und Plinius erwähnen sie — und ein Rinnensänger jubelt: „Set, du ließen wir entern suchen von kammern, zuo der suchen über hod und über sein.“ Auch aus Ruoblieb, dem ums Jahr 1830 entstandenen Nitterroman, wird ihrer gedacht, Kinder tragen die roten Beeren in aus Weiden geflochtenen Körbchen nach Hause, und im Mittelalter wurden nicht selten Erdbeeren als Zehnten gelehrt. So lesen wir z. B. in der Chronik der Grafen von Namern: „So haben die edelsteit von Dalburg, genannt die temmerer, ein Hof zu Wormbs, da ist inen jährtlich ein hoch schuldig, us den pflingitag zwen rumpf us ainer rinden gemacht, mit expor zu geben und wuch die rumpf from sein; wer ist inen der rath alda zu liberantworten from neu kamm hafen mit fromen dedein, auch voller expor.“ Im Laufe der Jahrhunderte haben die Erdbeeren nichts von ihrer Beliebtheit eingebüßt, wie vor Zeiten, so sehen wir sie auch heute noch gern auf unserer Tafel.

Sie und da wurden in früheren Zeiten und in einzelnen Gegenden werden vielleicht heute noch beim Sammeln der Beeren besondere Bräuche beobachtet. So befrachten im Berg die Frauen und Mädchen, wenn sie zum erstenmal in die Beeren gingen, die sogenannte „Brauflippe“, und hofften dadurch für's ganze Jahr auf reichen Ertrag. Andererseits legte man die ersten drei Beeren auf einen Baumstumpf „für die heilige Maria“ oder „für die armen Seelen“. Verlorene oder verschüttete Beeren durften nicht wieder aufgehoben werden, sie gehörten der Mutter Gottes. Wer es aber doch tat, der suchte den ganzen Tag vergebens. Krug man die gesammelten Beeren nach Hause, so vergaß man nie, einige der schönsten an einen vor dem Wald stehenden Hageborn zu stecken und einen Stein in den Busch zu werfen. Man wollte, was noch ganz besonders in einem

hergejagten Spruch geschah, für die Gaben des Waldes danken. Geschah dies nicht, so fürchtete man, das nächste Mal entweder keine Beeren zu finden oder bei gesunden auf dem Heimweg zu verschütten. Im bayerischen Hochland band man früher den Krüben kleine Körbchen voll Erdbeeren und Alpenrosen zwischen die Hörner als Opfer für die Berggötterlein.

In all diesen Bräuchen haben wir es mit Resten heidnisch-germanischen Götterglaubens und Götterkultus zu tun. Die Erdbeeren standen zu den Essen, insbesondere aber zu Holza, in einem engen mythischen Verhältnis, waren sogar in ihrem lichten Reich heimisch, und fromme Kinder wurden nicht selten von ihr mit solchen Beeren beschenkt. Der gütigen Göttermutter schrieb man auch die Gabe der Walderdbeeren zu, und wenn man die ersten drei Beeren der heiligen Maria verehrte, so galt dies Opfer ursprünglich der Holza, an deren Stelle in christlicher Zeit die Mutter Gottes trat.

Nach einer Legende sollen freilich die Erdbeersträucher früher ohne Früchte gewesen sein, erst als der Herr bei einem Gang durch den Wald das bescheidende am Boden blühende Mädchen an die Lippen gedrückt,

„Da lebst in Donn' das Kräuflin auf,
Und in ihm leim's und wog's und schwißt,
Und eine Erdbeer, zart und mild,
Entspricht in heller Purpurrot
Der Stell', wo Jesu Mund geruht.“

Im Volke behauptet man, daß ihr Genuß nicht sättige. Als Grund hierfür berichtet eine Sage: Ein Kind, das im Wald Erdbeeren gesammelt hatte, traf auf dem Heimweg die heilige Jungfrau. Diese fragte, was es im Wald habe. Das Kind fürchtete, der fremden Frau etwas abgeben zu müssen, und antwortete: „Nichts“. Da entgegnete Maria: „Ist es nichts, so soll es auch nichts zu deiner Sättigung beitragen.“

„Und über (seit)her ich Sei Segne meß
Im Voeri-Effe oft (gewesen).
I ha mit Lebzig nit so geseh.
Sie belächeln ode nie (helfen nichts),
Ih kompflebb, se viel de wirt.
Sie hüllen ein den Hunger nit!“

Nach einer Bauern- und Binzerregel bedeuten reife Erdbeeren zu Pfingsten ein gutes Weinsjahr, oder, wie der gebiegene Göltinger Reim meint:

Wenn's reife Erdbeeren gibt zu Pfingsten,
So gibt's nicht Wein zum Wintgen.

Eine Frau freilich, die schon Kinder begraben hat, darf so zeitig noch keine genießen. Nach einer alten Überlieferung soll sie vor dem Johannisfest keine essen; denn an diesem Tag führt Maria die gestorbenen Kinder auf die himmlischen Fluren zur Erdbeere, und alle dürfen naschen, soviel sie wollen, nur die müssen zusehen, deren Mütter vorher davon genossen haben.

Eine wichtige Rolle spielten auch und spielen die Erdbeeren noch heute in der Volksmedizin. In einem 1846 zu Straßburg erschienenen Kräuterbüchlein heißt es z. B.: „Die Köch sind der Erdbeeren auch gewar worden, machen gute Mästin, gebären den kranken, hitzigen Menschen mehr denn den gesunden, um der Kühlung willen.“ Der Saft der Beeren ward gegen Ausjah getrunken und bei erstorenen Gliedmaßen angewandt. Gequettete Erdbeeren aufs Gesicht gelegt, sollen Sommerprossen entfernen. Eine Brüh vom Kraut im Mund gehalten, kühlt das Zahnfleisch, ist auch gut gegen Sand und Stein. Einen begeisterten Verehrer fanden die Erdbeeren in Pinn. Dieser berühmte Naturforscher ward sehr oft vom Podagra heimgesucht, fand aber sofort Linderung seiner Schmerzen, wenn er Erdbeeren genossen hatte. Und zu einer Zeit, da er selbst keine mehr erhalten konnte, besand er sich sogleich besser, als ihm seine Königin eine Schale voll sandte. Übrigens wurde früher auch Schnaps aus Erdbeeren hergestellt, Matthias Corvinus schrieb am 18. Jänner 1472 an Idenko von Sternberg nach Vertreibung des jagellonischen Nebenbuhlers, daß von den Polen nun wohl so mancher die Lust verloren habe, „hinne Jahr und Tag seinen weissen Erdbeerfaß zu schlürfen.“

Seit dem 16. Jahrhundert wurden die Erdbeeren auch in den Gärten angebaut, freilich stammen die vielen hundert Arten, die wir heute kultivieren, nicht von unserer Wald-erdbeere ab, sondern von amerikanischen Sorten. Sie sind

mit dem Schlagwort „Neue Steuern“ sehr wenig Aussicht bietet, und daß vor allem die Gefahr bestehe, daß die bei den letzten Wahlen glücklich zurückgedrängten Sozialdemokraten ihren Einzug in den Reichstag halten würden. Auch auf liberaler Seite werden diese Gründe nicht unterschätzt werden; aber es ist auch zu erwägen, daß, wenn heute die Sozialdemokratie mit unüberwindlicher Aussicht auf Erfolge in die Wahlkampagne eintreten würde, das in noch vielfach erhöhtem Maße der Fall sein würde, wenn die im Lande jetzt schon herrschende Erbitterung noch mehr gesteigert oder gar — was wir allerdings für ausgeschlossen halten — der konservativ-kerikalischen Gesetzgebung die Möglichkeit geboten würde, ihre verheerenden Wirkungen eine Zeitlang auszuüben.“

Ein „bisher treu konservativer“ Mann,

der Landesrentmeister C. Krause, sendet den „N. N.“ eine Zuschrift, in der er der tiefsten Entrüstung in weiten Kreisen der Konservativen über die Politik der konservativen Reichstagsfraktion Ausdruck gibt. Der Briefschreiber wohnt in einem Wahlkreis, dessen Vertreter wohl für die Erbschaftsteuer stimmen wird. Infolgedessen haben die dortigen konservativen Wähler eine Kundgebung nicht veranstaltet. „Daß aber“, so fährt der Konservative fort, „auch hier viele erprobte konservative Männer ihren Reihem schon jetzt den Rücken drehen, dies aber noch viel mehr tun werden, wenn die Erbschaftsteuer fällt und dadurch der Bund der Konservativen mit dem Zentrum und sozusagen auf Umwegen über das Zentrum mit den Sozialdemokraten und den Polen besiegelt wird, das wird die nächste Wahl beweisen. Die Wiederherstellung der Zentrumsmacht, des Zentrumsjochs, unter dem das deutsche Vaterland so lange Zeit gekämpft und gekämpft hat, lediglich durch konservativen Eigenstimm — denn Eigenstimm und Machtstimm kann es nur sein, auch jetzt noch für die so weitgehend zugunsten der Agrarier abgeänderte Erbschaftsteuer nicht zu stimmen — muß allen evangelischen Männern, allen Vaterlandsfreunden, die Augen öffnen und sie von einer Partei trennen, die durch ihren rückwärts losen Egoismus dem Vaterlande jetzt schon unbeschreiblichen Schaden zugefügt hat.“

Konservative für die Erbschaftsteuer.

Wie die „Ankammer Ztg.“ wissen will, haben Graf Schwerin-Löwisch und andere Konservative sich vorbehalten, bei der dritten Lesung der Erbschaftsteuer für diese Steuer zu stimmen, falls es sich zeigen sollte, daß nur durch Annahme der Erbschaftsteuer zu einer Lösung des Finanzproblems zu gelangen sei.

Eine Protestkundgebung der freisinnigen Volkspartei

gegen die von der Rumpfkommision des Reichstags gefaßten Beschlüsse fand vorgestern in Kellers Festsaal in Berlin statt. Die sehr zahlreich besuchte Versammlung, in der man auch viele Damen bemerkte, wurde vom Reichstagsabgeordneten Kopsch eröffnet. Nach längerer Debatte wurde schließlich eine Resolution eingebracht, die einstimmige Annahme fand und in der die Versammlung die Erwartung ausspricht, daß die freisinnige Volkspartei für die Erbschaftsteuer als einer gerechten Besteuerung des Besitzes eintritt, daß sie aber scharf alle Steuern bekämpft, die dem Verkehr, Handel und Gewerbe Fesseln auferlegen drohen. Unter Hochrufen auf die Partei, das Reich und das deutsche Volk ging die Versammlung zu später Stunde auseinander.

Ein Reichsfinanzreform-Scherz.

Daß trotz der momentan alles andere, nur nicht rofigen innerpolitischen Lage der Humor doch noch nicht ganz in Dornröschenschlaf versunken ist, beweist folgender Vorfall: Als kürzlich Herr v. Camp ein Diner gab, an dem auch u. a. die Minister v. Rheinbaben, Sydow, Tirpitz und von Einem teilnahmen, wurde ausgemacht, daß niemand während des Diners von der Reichsfinanzreform reden dürfe;

bedeutend größer als die bescheidenen Beeren unserer Wälder, doch fehlt ihnen das köstliche Aroma, von dem z. B. Adolph Nischler singt:

Reben, Pfirsichen und Trauben,
Deiner Villa Stolz und Ehre,
Nacht ich kost noch höher preisen
Das Aroma der Walderdbeere.

Wegen dieser vortrefflichen Eigenschaft werden sie auch von vielen ohne jegliche Zutat genossen, andere wieder suchen ihren Wohlgeschmack durch allerlei Mittel noch zu erhöhen. So behauptet Georg Hesel einmal, es gebe nichts über Erdbeeren, welche mit dem Saft einer süßen Orange befeuchtet sind, und Vossens Luise trägt spanische Erdbeeren auf eiförmiger Schüssel, auch sahnige Milch in gestülpter, porzellanener Krümme“, auf. Zum Schluß sei noch des trefflichen Vorschlags Hermann von Silms, des Tiroler Sängers, gedacht; er meint:

Walderdbeeren müßt ihr ohne
Zucker, ohne Biml genießen,
Nicht den Esig der Zitrone,
Nicht Burgunder daran gießen;
Lacht sie in der süßen Schale
Hoier Lippen halb zerdrücken,
Um sie dann zum zweiten Male
Noch mit einem Kuß zu pflücken.

Fr. Pflug.

Aus Kunst und Leben.

* Paul Lindau und das Berliner Königliche Theater. Wie Berliner Blätter mitteilen, hat Paul Lindau für die nächste Spielzeit des dortigen Königl. Schauspielhauses einen recht verheißungsvollen Plan entworfen. Der November soll ein Schiller-Monat werden und im Rahmen eines Schiller-Zyklus eine vollständige Neuinszenierung des „Don Carlos“, als Festvorstellung zum 150. Geburtstag des Dichters bringen; ferner werden die stofflich eng zusammenhängenden Tragödien „Agamemnon“ von Aeschylus und „Elektra“ von Sophokles, in der Übertragung von Adolf Wilbrandt vorbereitet. Als Uraufführung wird „Der deutsche König“ (Georg von Toller),

wer es dennoch tue, müsse 2 M. bezahlen. Während sich sämtliche Tafelgäste dieser Order fügten, brachte es schließlich der preussische Finanzminister v. Rheinbaben nicht übers Herz, die Reichsfinanzreform totzuschweigen; er sprach von ihr und überreichte dem Gastgeber Herrn v. Camp die klingende Zweimarkmünze mit den Worten: „Hier, für das Reich.“ Herr v. Camp wechselte das Geldstück in zwei einzelne Markstücke um und überreichte das eine Herrn v. Tirpitz, das andere Herrn v. Einem mit der Bemerkung: „Heer und Marine schulden's doch.“ Die Gesellschaft nahm diesen Scherz mit schallender Heiterkeit auf.

Eine bemerkenswerte Kundgebung

faßte der Bund deutscher Böttcherinnungen, der zurzeit in Stettin seine Tagung abhält. Im Laufe der Schlußverhandlungen am Dienstag wurde laut „Ostsee-Ztg.“ einstimmig folgende Resolution beschossen: „Der Böttchertag spricht seine Entrüstung über die gewerbsfeindliche, den Mittelstand schädigende Steuerermäßigung der Mehrheit der Finanz-Rumpfkommision des Reichstags aus. Er protestiert — ebenso wie zahlreiche andere Versammlungen aus Mittelstandskreisen — gegen die einseitige Befragung von Industrie und Handel und des von beiden abhängigen Handwerks. Mittelstand und Handwerk werden durch die von der Regierung vorgeschlagenen umfangreichen indirekten Steuern ohnedies am schwersten getroffen; es ist daher ihr gutes Recht, jetzt eine ausgiebige Heranziehung der reicheren und wohlhabenderen Volkskreise zu den Steuerlasten zu fordern. In der Erbschaftsteuer bietet sich hierfür der beste Weg. Die Gegner der Erbschaftsteuer muß der werktätige Mittelstand in Stadt und Land und vor allem das Handwerk in Zukunft als seine politischen Feinde behandeln.“

Ein Telegramm aus Ost- und Westpreußen.

Dem Reichskanzler Fürsten Bülow ist, wie man uns aus Kranz mitteilt, folgendes Telegramm von dort übermittelt worden: „Die Vertreter von mehr als 3500 Hausbesitzern Ost- und Westpreußens bitten Ew. Durchlaucht dringend, mit aller Entschiedenheit an den wohlüberlegten Plänen der Reichssteuer festzuhalten und versprechen für den Fall der Aufhebung des Reichstags, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß der neue Reichstag sich auf den Standpunkt der von Ew. Durchlaucht vertretenen Gerechtigkeit stellt.“ Aus der Antwort, die hierauf im Auftrag des Reichskanzlers erfolgte, geht hervor, daß Fürst Bülow von dieser zustimmenden Kundgebung zu den Steueranschlägen der Verbündeten Regierungen mit Interesse und Genugtuung Kenntnis genommen hat. npt.

Deutsches Reich.

Inf. Vom Kultusministerium. In unterrichteten Kreisen erhält sich, wie wir erfahren, dauernd das Gerücht, daß über die Nachfolgerschaft des Kultusministers Holle vor nicht langer Zeit eine Entscheidung getroffen sei. Trotz aller Dementis wird der jetzige Handelsminister Dr. Delbrück als der zukünftige Kultusminister bezeichnet. Seine vor einiger Zeit erfolgte Berufung zum Kaiser wird damit in Verbindung gebracht. Über den Zustand des Ministers Holle verläutet, daß eine nicht unwesentliche Verschlimmerung seines Befindens eingetreten sein soll. Eine formelle Demission seines Abschiedsgesuches ist übrigens noch nicht erfolgt.

* Hanfabund. Das Vorsteherkomitee der Kaufmannschaft in Danzig beschloß einstimmig den korporativen Anschluß an den Hanfabund.

* Der Prozeß Hammann. In dem am 5. Juli vor dem Schwurgericht in Berlin stattfindenden Prozeß gegen den Wirklichen Geheimen Legationsrat Dr. Hammann sind bis jetzt 16 Zeugen geladen. Die Anklage wird der Oberstaatsanwalt Dr. Preuß vertreten. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor

Ernst v. Wildenbruch nachgelassenes Drama, angeündigt, das gegen Ende des Jahres zur Aufführung gelangen soll. Im Neuen königlichen Operntheater wird man eine Neuverurteilung begrüßen: „Literarische Abende“, an denen Sondervorstellungen von Werken stattfinden, die bisher der deutschen Bühne ferngeblieben sind. Als erstes dieser Werke wird „Winternachtsfest“ aufgeführt, eine in Island um das Jahr 1000 spielende Willkürtragödie von Charles Rann Kennedy. Den zweiten der „Literarischen Abende“ werden kleine dramatische Szenen heiteren Inhalts aus der alexandrinischen Zeit füllen: Fragmente des Menander und Miniamben des Herondas, die einen intimen Einblick in die kleinbürgerlichen Verhältnisse des alten Hellas gewähren. Und für den dritten Abend steht ein „geistliches Spiel“ in der naiven Darstellung der Reformationszeit auf dem Spielplan.

* Die Darwinfeier in Cambridge. Die Universität Cambridge feiert in diesen Tagen Charles Darwins hundertsten Geburtstag und gleichzeitig den fünfzigsten Jahrestag des Erscheinens des „Ursprungs der Arten“. Der offizielle Festakt fand Mittwochnachmittag im Senatssaal unter Vorsitz des Kanzlers der Universität Lord Rayleigh statt. Deputationen der Universitäten und gelehrten-Gesellschaften der ganzen Welt überbrachten Glückwunschsadressen. Besonders stattlich sind die Delegationen aus Deutschland und Amerika, von denen jede etwa dreißig hervorragende Gelehrte umfaßt. Es redeten außer dem Kanzler Hertwig, Berlin, der über Deutschlands Beziehungen zum Darwinismus sprach und unter den Pionieren der Lehre namentlich Karl Gegenbaur und Ernst Haeckel gedachte, dann Reischnikow-Paris, Osborn-New York und Sir Ray Lankester für England. Die Anwesenden waren größtenteils in akademischem Ornate und die Versammlung machte ein äußerst farbenreiches Bild.

* Auch eine Sprachbetrachtung. Da sitze ich im Restaurant gerade bei der Zigarre. Zwei Herren treten ein, um zu essen. Der eine sagt zum anderen: Ich muß mir noch schnell die Pfoten waschen. Dann kommt gleich ein dritter und fragt den Kellerer: Was gibts denn zu futtern, ich hab' einen Varenhunger. Nun den! ich, während ich in den Rauch

Kanzow, die Verteidigung haben die Rechtsanwälte Irmler und Leonhard Friedmann übernommen. Da es sich um intime Angelegenheiten handelt, die das eheliche Leben berühren, wird für die ganze Dauer des Prozesses die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

* Der ständige Ausschuss des deutschen Landwirtschaftsrates ist von seinem Präsidenten, Grafen von Schwerin-Löwisch, zum 25. und 26. d. M. nach Braunschweig einberufen worden. Es soll über folgende Gegenstände beraten werden: Entwurf einer neuen Reichsversicherungsordnung, die Lage der Zuckerindustrie mit besonderer Berücksichtigung der Maßnahmen zur Hebung des inländischen Zuckerverbrauchs, Erforschung und Bekämpfung der infektiösen Eulerentzündung der Rinde, Bericht über die vom Reichsamt des Innern unterstützten Versuche, Segetenwurf, betreffend die vollwichtige Verwendung von Gerste, Segetenwurf, betreffend Abänderung des Strafgesetzbuchs, der neue Zolltarifentwurf der Vereinigten Staaten, Entwurf einer neuen Fernsprechnetzordnung.

* Fünfundzwanzigjähriges Jubiläum der Festanstalten des Deutschen Kriegerbundes. Am 18. August dieses Jahres werden 25 Jahre seit Errichtung der ersten Festanstalt des Deutschen Kriegerbundes verfließen sein. In diesen 25 Jahren sind mehr als 1 1/2 Millionen (1 531 198) Mark zugunsten der Kriegerwitwen verwendet worden. Das ist ein Erfolg, wie ihn der Begründer der Festanstalt des Deutschen Kriegerbundes, Geh. Rat Drillich in Berlin, kaum vorausgesehen hat. In den vier Kriegerwitwenhäusern, die bis jetzt bestehen, haben 1103 Kinder (852 Knaben und 251 Mädchen) Aufnahme gefunden. Jetzt befinden sich in den Waisenhäusern 285 Knaben und 109 Mädchen. Auf dem diesjährigen Kriegerfest in Eisenach wird höchstwahrscheinlich die Errichtung eines fünften Waisenhauses (des dritten evangelischen) beschlossen werden. Das neue Haus wird wohl im Osten der Monarchie errichtet werden.

* Zur deutschen Güterwagengemeinschaft schreibt die „N. N.“ aus München: Ganz Bayern hallt trotz aller Regierungs-dementis wider von Klagen darüber, daß Preußen seine alten, roten, ungedeckten Güterwagen nach Bayern schickt als Ersatz für die aus Bayern gezogenen neuen, grünen Wagen. In Cham in der Oberpfalz hatten deshalb kürzlich die Eisenbahner den einzigen grünen bayerischen Wagen in einem langen roten Güterzug mit Lannengrün bekränzt, zum Zeichen der Freude darüber, daß wieder einmal ein grüner Wagen in sein bayerisches Vaterland heimgekehrt war, wenn auch und vermutlich nur infolge einer Verirrung.

Parlamentarisches.

* Das „Schwabenalter des deutschen Reichstags“. Wie uns aus parlamentarischen Kreisen geschrieben wird, erscheint in den nächsten Tagen ein Werk, das sich „Schwabenalter des deutschen Reichstags“ betitelt und eine Art Biographie des Reichstags von seinem Anfang bis auf den heutigen Tag darstellt. Das Buch, das Dr. Boree zum Verfasser hat und das mit einem Vorwort von unserem ältesten Reichstagsmitgliede, dem Justizrat Albert Traeger, versehen worden ist, wird sich allerdings weniger mit einer historischen Würdigung des Parlamentes und seiner Arbeit befassen, als vielmehr bestrebt sein, die Tätigkeit des Reichstags in einzelnen satirischen und humoristischen Bildern darzustellen. Unterstützt wird diese Arbeit von einer Reihe humoristischer und satirischer Bilder aus den bekanntesten deutschen politischen Witzblättern, wie z. B. „Klabberdarsch“, „Ull“, „Jugend“, „Luftige Blätter“, „Dorfbardier“, „Koland von Berlin“ und andere mehr. Dadurch wird das Werk zu einer Art Bilderchronik der hervorragendsten Ereignisse, die das Parlament gleicherweise wie das deutsche Volk beschäftigt und den satirischen Künstlern die Anregung zu ihren Spottbildern gegeben haben. Wie kleinen Schwächen

meiner Zigarre blide, so darüber nach, wie die Menschen sich mit Tieren vergleichen. Was gibt es da für schöne Schimpfnamen aus dem Reiche der Tierwelt, womit die Menschen sich gegenseitig betiteln: Ochse, Esel und alles, was sein ist, Schaf, Hund, Schlange, und wer weiß sie alle! Dann spricht man von dem Raubtier, dem Fuchs, dem giftigen Insekt, dem Trampeltier, dem Viechäuter, dem Elefanten und von der Hundeseule, dem Frosch! Witunter hört man auch: Ich Schaf, ich Esel! Man spricht nicht nur vom Futtern, sondern auch vom Wüßhüttern, von Abfütterung, bei Gesellschaften berichtet man sich sogar. Es ist eine Varenkälte, eine Bullenbühne, ein Schweineweiter. Man spricht von allem, was da freucht und flengt. Von den Lüsten bis hinab unter die Erde zum Gewürm nimmt der Mensch seine Vergleiche aus der Tierwelt. Der stolze Flug des Adlers, der Adler selbst ist ein Bild für das menschliche Genie. Keine Krähe haßt der anderen die Augen aus. Da ist ein stielliches Ländchen, wohl gar mit einem Schwanenhals. Der Dienersfleisch wird bewundert. Man verachtet die Maulwurfsarbeit. Es wurmt ihn. Man spricht von Ohänen des Schlachtfeldes. Der Affe spielt eine große Rolle. Man fragt nachaffen, es gibt ein affiges Wesen, eine affenartige Geschwindigkeit. Im Gegensatz dazu der Schneckenang. Der Schaufelwädhne, einen Pelz auf dem Kopf. Viel Viehliches gibt es da noch. Nur das mit dem Hund gefällt mir nicht. Und fast faa' ich selbst: Ein Hundsfott, der ihn schimpfen soll. Hund sollte kein Schimpfname sein. Ich glaube, wer die „Hundeseule“ kennt, versteht das. Kein Tier ist dem menschlichen Verständnis vielleicht so nahe wie der Hund. Sonst mag der Mensch die Tiere hernehmen, woher er will, um seine Vergleiche zu ziehen.

Theater und Literatur.

Elisabeth Duncan teilt der Br. mit, daß sie sich ihrer Schwester Isadora, die, wie bereits gemeldet, Deutschland verläßt und ihre Lebriätigkeit nach Paris verlegt, nicht anschließt, sondern ihre Tanzschule in Vorderhand in Frankfurt a. M., später definitiv in Darmstadt weiterführen wird.

des Part
werden u
nennen
Das „Sch
wird mit
höchster
herausge
seiner Ar
gerichte
Staats-
verschlung
nachprüfen
forschen u
baren. E
mit dem G
led aller
Mensch
oder scho
Spötter
nachgefors
Bresse von
Deutschen
dabei and
Austr
nation
Lehman
liberalen
Landrat;
Wahlkreis
Das
Biederau
krankte J
Jahres n
die belam
schon vor
heilung b
Zeit bede
greise Pa
Berlin zur
leines Arz
Tätigkeit.
Verfor
meider: F
Nr. 63 (W
beriecht
i. Reich. S
Siegel
Kais. Pr
Kanzl. a. d.
Dennowit
Bielefeld
h. Ref. bef
Landw. D
Jäger-Ver
S. 2
Kains 2.
(Gödt)
Wittig.
des 18. J
verliehen
amt. zum
Die f
„Danzig“
Lage vor
waren, wi
ber aus
die Nachj
und Gran
Materialie
brauchs d
habentich
nicur Frie
abliegende
Dienstgew
tätischen
Offenläs
digt, aus
br a u s
lichen Ved
haben. D
einfach l
wurden d
Nache ab
mehr t
anderem, d
mit seine
liegende
von Ford
Automobil
für sein
Für einen
zur Nacht
Strom der
Örtingen
Angeflage
ließ außer
auf dem
schritt, daß
Kreuzer f
Klagen wa
dabei ged
Marine
die Arbeit
dazu gew
verschied
bei Beige
Gesäßige
Schiffe ein
Untergebe
nicht i
Vorwärts
für Geträ
Berst alle
hat dem
beträge zu
Dieser Ob
haben e
nem Ver
wir bereit

des Parlamentes, der Parlamentarier und der Regierung werden uns ebenso vor Augen geführt wie alle sogenannten „großen Tage“, die der Reichstag bisher erlebt hat. Das „Schwabenalter des Reichstages“ (Verlag Concordia) wird mit einem Wortwort Traegers eingeleitet, dessen hauptsächlichsten Punkte hier wiedergegeben werden mögen: „Der Herausgeber dieses Werkes und ein Geschichtsschreiber in seiner Art erdriekt sich der Weltgeschichte und dem Weltgerichte in den Arm und Griffel zu fallen. Mögen in Staats- und anderen Geheimarchiven die Reumathweisen verschlungenen Gängen und geheimen Zusammenhängen nachspüren, die tiefgründige Weisheit der Staatslenker erschließen und die Kartenkunststücken der Diplomaten offenbaren. Er war bemüht, andere Dokumente zu sammeln, die mit dem Tage vergehen, der sie hervorgebracht, die kühn und led aller gelehrten Weisheit ein Schnippchen schlagen und Menschen und Dinge betrachten, nicht wie sie sein sollten oder scheinen möchten — sondern wie sie sind. Im Rate der Spötter hat der Herausgeber dem Humor und der Satire nachgeforscht und so an der Hand des in der bezüglichen Presse vorgeschundenen Materials eine heitere Geschichte des Deutschen Reichstages zusammengestellt. Der Ernst kommt dabei auch nicht zu kurz.“

Austritt aus der nationalliberalen Partei. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Lehmann ist, wie die „Wgbb. Z.“ hört, aus der nationalliberalen Partei ausgeschieden. Er ist von Beruf Landrat; geboren ist er 1865, gewählt im 3. Weimarschen Wahlkreis (Jena).

Das Befinden des Abgeordneten Vebel. Mit einer Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit des erkrankten Abgeordneten Vebel ist vor dem Herbst dieses Jahres nicht zu rechnen. Er hat sich mit seiner Tochter, die bekanntlich in Zürich mit einem Arzt verheiratet ist, schon vor Pfingsten nach der Schweiz begeben, um dort Bekämpfung von einem schweren Augenleiden, das in der letzten Zeit bedenkliche Fortschritte gemacht hat, zu suchen. Der greise Parlamentarier gedankt erst im Oktober wieder nach Berlin zurückzukehren. Inzwischen entläßt er sich, dem Rate seines Arztes folgend, jeder wie immer gearteten beruflichen Tätigkeit.

Heer und Flotte.

Personalveränderungen. Das „Militär-Wochenblatt“ meldet: Ritzheim, Leut. im 2. Kass. Feldart.-Regt. Nr. 63 (Frankfurt), in das Winterpomm. Feldart.-Regt. Nr. 63 versetzt. Taugermann (Oppeln), Biegefeldwebel des 1. Kass. Inf.-Regts. Nr. 87, zum Leut. d. Res. befördert. Siegel (I. Cassel), Oberleut. d. Res. des 1. Kass. Inf.-Regts. Nr. 87, zum Hauptm. befördert. Berlin (Darmstadt a. L.), Biegefeldwebel des Inf.-Regts. Graf Bülow von Deneuberg (6. Weist.) Nr. 55, * Schill (Wiesbaden), Biegefeldwebel des 4. Ostf. Inf.-Regts. Nr. 136, zu Leut. d. Res. befördert. * Fleck (Frankfurt a. M.), Oberleut. der Landw.-Jäger 1. Ausg., zu den Res.-Offizieren des Magdeh. Jäger-Bat. Nr. 4 versetzt. * Klumpp (Frankfurt a. M.), * Schneider (Limburg a. L.), Oberleut. des Landw.-Trains 2. Ausg., * Reinde (Frankfurt a. M.), * Seib (Gochs), Leut. der Landw.-Inf. 2. Ausg., der Abschied bewilligt. * Red, Sanitätsbeirater beim Generalkommando des 18. Armee-Korps, der persönlichen Rang als Rat 4. Klasse verliehen. * v. Gohren, Kapitänleut. vom Reichs-Marineamt, zum Art.-Kapitän befördert.

Die seltsamen Vorgänge auf dem kleinen Kreuzer „Danzig“ sind in einem Prozeß enthielt worden, der dieser Tage vor dem Kriegsgericht in Kiel stattfand. Angeklagt waren, wie wir schon kurz berichteten, der Maschinist Rogay, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, ferner die Maschinisten Dahm, Klusmeier, Wilde, Truesfen, Rathes und Granzow wegen Entwendung und Verwendung von Materialien der Reichswerft zum Privatgebrauch und Mißbrauchs der Dienstgewalt, außerdem der Kapitänleutnant Habenicht, der Oberingenieur Roggensack und der Ingenieur Friedrich wegen schuldhafter Verabreichung der ihnen obliegenden Beaufsichtigung und des Mißbrauchs der Dienstgewalt, die beiden letzteren auch noch wegen militärischen Diebstahls. Teilweise wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Die Angeklagten waren beschuldigt, aus dem der Werft gehörigen Material allerlei Gegenstände für die häuslichen und persönlichen Bedürfnisse einzelner Vorgesetzten hergestellt zu haben. Die Leute der Besatzung wurden zu diesen Arbeiten einfach kommandiert. War der Kreuzer in See, dann wurden die zu solchen Arbeiten benutzten Leute von der Wache abgeteilt und die übrigen Leute mußten soviel Dienst machen tun. In der Weisungsaufnahme ergab sich unter anderem, daß der Maschinist Rogay im Februar eines Tages mit seinem Automobil vor das auf der Reichswerft liegende Schiff gefahren ist, dort etwa 40 Liter Benzol von Bord hat schaffen und in den Benzinhälter seines Automobils füllen lassen. Alle möglichen Ersatzteile für sein Automobil wurden auf dem Schiffe hergestelt. Für einen kleinen Akkumulator, den er in seiner Wohnung zur Nachtbeleuchtung aufgestellt hatte, entnahm er den Strom der elektrischen Lichtbeleuchtung des Schiffes. Der Oberingenieur Roggensack, der ebenso wie die anderen Angeklagten verschiedene Gegenstände hatte herstellen lassen, ließ außerdem häufig die Akkumulatoren seines Automobils auf dem Schiffe laden. Der Kapitänleutnant Habenicht bestritt, daß er es habe gewagt werden müssen, daß auf dem Kreuzer solche Dinge vor sich gingen. Die übrigen Angeklagten waren geständig, behaupteten aber, daß sie sich nichts dabei gedacht haben, denn derlei sei bei der Marine gang und gäbe. Die Mannschaften hätten die Arbeiten auch in ihrer Freizeit gemacht und seien nicht dazu gezwungen worden. Dem standen aber die Aussagen verschiedener Zeugen gegenüber, die bekundeten, daß Rogay bei Weigerungen zur Arbeit gesagt habe: „Das ist keine Gefälligkeit, das ist Dienst!“ Die Dinge hatten auf dem Schiffe eine solche Ausdehnung angenommen, daß die Untergebenen schon mehrmals gesagt hatten, so könne es nicht weiter gehen. Interessant ist auch, wie der „Vorwärts“ mittels der Aussage der Angeklagten, daß man für Getränke und sonstige kleine Gefälligkeiten auf der Werft alles haben könne. Der Oberingenieur Roggensack hat dem Maschinisten Rogay auch mehrere kleinere Geldbeträge zur Bewirtung der gefälligen Werksführer gegeben. Dieser Oberingenieur hat auch für Verwandte in Wiesbaden eine Stahlwelle anfertigen lassen, die zu einem Personentisch gebraucht wurde. Das Urteil haben wir bereits mitgeteilt.

Deutsche Kolonien.

§ „Der bunte Glaslaternen“ für den Oberrichter in Tsingtau. Aus Tsingtau wird uns geschrieben: Eine für europäische Verhältnisse eigenartige Ehreung hat die chinesische Kaufmannschaft dem in Tsingtau amtierenden Oberrichter Dr. Crusen anlässlich seiner demnächst stattfindenden Vermählungsfeier zugebracht. 84 angesehene chinesische Kaufleute und Compradores der großen europäischen Firmen haben für den Beamten vier bunte Glaslaternen und ein seidenes Ehrenschild als Hochzeitsgabe bestimmt. Auf dem Ehrenschild sind 4 chinesische Zeichen angebracht, die auf deutsch „Gerechtigkeit“, „Rechtchaffenheit“, „Unbestechlichkeit“ und „Klugheit“ bedeuten. Charakteristisch ist auch das echt chinesische Begleitschreiben, das dem sehr beliebten Oberrichter aus diesem Anlaß überreicht werden soll. Es lautet: „Der Kaiserliche Oberrichter des Kaiserlichen Gerichts von Kantschou, Herr Dr. Crusen, ist schon viele Jahre in Tsingtau tätig. Als oberster Richter ist er unparteiisch und sehr gerecht, ebenso erlebigen die ihm unterstellten Beamten alle Sachen höchst gerecht und unparteiisch. Alle hiesigen Chinesen haben seine Wohlthaten erfahren, alle preisen sein Lob, wer nur einen Mund hat, verherrlicht ihn. Jetzt bei Gelegenheit seiner Vermählung freuen sich alle hiesigen Kaufleute und Notabeln mit ihm, und als Gratulation überreichen ihm die Unterzeichneten 4 bunte Glaslaternen und ein seidenes Ehrenschild in dankbarer Erinnerung.“

Ausland.

Österreich-Ungarn.

In der weiteren Beratung über das Budget trat der deutsch-böhmische Abgeordnete Tro für die Lösung der Sprachenfrage durch Einführung der deutschen Sprache als Staatssprache ein. Tro erklärte sich ferner für den Anschluß der deutsch-österreichischen Länder als Bundesstaat an das Deutsche Reich, dann könne man den slawischen und den romanischen Völkern die Autonomie nach Belieben geben.

Einzelne Budapestener Blätter melden, daß, falls die Bildung eines Mehrheitskabinetts nicht gelingt, sofort die Ernennung eines außerparlamentarischen Ministeriums Kluen erfolgen würde. Dieses würde sofort das Abgeordnetenhaus auflösen und die Neuwahlen durchführen.

Rußland.

Ein nettes Ergebnis.

Senator Gerin ist von der Moskauer Intendanturrevision zurückgekehrt. Er hat festgestellt, daß seit den dreißig Jahren nur vier Intendanturen existierten, die nicht stahlen, zwei davon waren selbst vermögend.

Wie der „Adwerul“ in Budapest meldet, soll, entgegen dem Petersburger Dementi, bei den Behörden in Jassy die Meldung eingetroffen sein, daß in Westarabien ein Bauernaufstand ausgebrochen sei. In einem Orte sollen sieben jüdische Familien ermordet worden sein. Die Zahl der getöteten Juden soll sich insgesamt auf über 100 belaufen. Um die Einwanderung von Flüchtlingen nach Rumänien zu verhindern, sind zwei Kompanien an die Grenze entsandt worden.

Offiziell wird auf das bestimmteste die Meldung von einer Zusammenkunft des Zaren mit Kaiser Franz Joseph dementiert. Die „Nowoje Wremja“ veröffentlicht dazu einen Kommentar, in dem es heißt, nichts wäre unsäßerer, als diese Zusammenkunft.

In der Warschauer Stadterwaltung wurde ein kolossales Panama aufgedeckt. Unterschleife, die viele Zehntausende Rubel betreffen, wurden entdeckt, ebenso, daß zahlreiche hohe städtische Beamte sich haben mit großen Beträgen von städtischen Lieferanten bestechen lassen und diesen gegenüber beide Augen zugedrückt haben. Der Schaden, den die Stadtverwaltung erleidet, ist enorm und wird auf mehr als eine Million Rubel geschätzt. Zahlreiche hohe Personen sind schwer kompromittiert. Man erwartet Verhaftungen.

Der Minister des Äußern Iswolski ist von Petersburg in die Schweden abgereist, um den Kaiser von Rußland nach Schweden zu begleiten.

Die geplante neue russische Ostflotte soll vier Dreadnoughts, sechs Panzerkreuzer und zehn Hochsektorpedoboote umfassen.

England.

Die definitive Entscheidung, ob sich König Eduard nach Marienbad begibt, wird erst in den ersten Tagen des Juli erfolgen, bis die Ärzte ihr Gutachten abgegeben haben; doch gilt es als wahrscheinlich, daß der König seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Marienbad nehmen wird.

Das Londoner Komitee der Eisenbahner hat eine Protestkundgebung gegen den Zarenbesuch in England angenommen. Es wird darin hervorgehoben, daß der Zar moralisch verantwortlich ist für die jetzige bedauerliche Lage des russischen Volkes. Auch die Arbeiter der Grafenschaft York haben eine ähnliche Protestkundgebung angenommen.

Niederlande.

Weitere Schwächung der Liberalen.

Bei den vorgestrigen Stichwahlen wurden gewählt: 13 Liberale, 5 Demokraten, 6 Sozialisten, 20 Protestanten und 9 von der Partei der Historischen Christen. Danach ist die Zusammensetzung der neuen Kammer folgendermaßen: 25 Liberale, 8 Demokraten, 7 Sozialisten, 85 Katholiken, 23 Protestanten und 12 von der Partei der Historischen Christen. In der neuen Kammer beträgt also die Anzahl der Abgeordneten der rechtsstehenden Parteien 60, der linksstehenden 40 gegen 49, bzw. 51 in der alten Kammer.

Kreta.

Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Athen: Das offizielle Griechenland verhielt sich bisher der Kretasfrage gegenüber neutral und wird auch weiterhin neutral bleiben. Der Umstand, daß der englische Botschafter in Konstantinobel Sotther gestern eine zehntägige Urlaubsfahrt

nach dem Archipel antrat, wird in diplomatischen Kreisen im Sinne einer Deutete in der Kretasfrage bedeutet.

In Kreta sind 3500 Manlicher-Gewehr und 250000 Patronen aus Österreich gelandet.

Türkei.

Wie der „Osmanische Lloyd“ meldet, hat eine Großmacht in der letzten Zeit Schritte wegen des Adria-bahnprojekts unternommen.

Persien.

Auf die Forderung der Endschumen in Tabris sind die persischen Gesandten in London und Petersburg angewiesen worden, auf Abberufung der russischen Truppen aus Persien zu bestehen.

Französisch-Kongo.

Der Generalgouverneur des französischen Kongo berichtet über drei Zusammenstöße, welche zwischen französischen Polizeitruppen und Eingeborenen stattgefunden haben. Bei einem dieser Zusammenstöße am 10. Mai wurden auf seiten der Franzosen 4 Schützen getötet und 19 verwundet, darunter 2 Offiziere. Die Verluste auf seiten der Eingeborenen waren bedeutend. Bei einem anderen Zusammenstoß wurde ein Offizier so schwer verwundet, daß er bald darauf verstarb.

1. Deutscher Kongreß für Säuglingsfürsorge.

Dresden, 21. Juni.

Unter sehr starker Anteilnahme aus allen Teilen Deutschlands und in Anwesenheit von Vertretern der Reichsregierung, fast aller deutschen Bundesstaaten und 21 Städten (Wiesbaden war durch Herrn Dr. med. Hirsch vertreten) tagt heute hier in der Aula der Technischen Hochschule die am 19. Februar d. J. gegründete „Deutsche Vereinigung für Säuglingsfürsorge“. Als Vertreter des Kaisers und der Kaiserin ist der Kammerherr v. Behr-Binnow anwesend, der auch die Verhandlungen leitet. Wie er einleitend hervorhebt, verfolgt das Kaiserpaar mit großem Interesse die Bestrebung für einen besseren Schutz der Säuglinge. Als präctischen Ausdruck dieses Interesses wurde auf ihre Anregung hin das Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus gegründet, das den Zweck hat, die Methoden der Säuglingsernährung wissenschaftlich zu ergründen, und eine Zentrale für die Säuglingsfürsorge für das ganze Reich werden soll. Zur Begrüßung seitens der Reichsregierung nahm der Präsident des Kaiserlichen Gesundheitsamts, Wirklicher Geheimrat Dr. Bumm, das Wort.

An erster Stelle sprach dann der ärztliche Leiter des Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hauses Professor Dr. Keller über:

Stand der Säuglingsfürsorge.

Redner schilderte die Entwicklung der Kinderfürsorge in den letzten Jahrhunderten. Die einzelnen Perioden seien gekennzeichnet durch die Institutionen der Findelhäuser, der Armenverwaltung, der Berufsvormundschaft. Die Anforderung an die Gemeinden dürfe man nicht zu hoch schrauben, um ihr Interesse nicht abzuschwächen. Es komme in erster Linie nicht darauf an, kranke Kinder zu heilen, sondern die gesunden Kinder gesund zu erhalten. Deshalb sollten die aufgewendeten Mittel in erster Linie dazu benutzt werden, die Propaganda für das Stillen zu betreiben, wozu die Beratungsstellen, die von geschulten Hebammen zu leiten seien, am besten geeignet wären. Redner berichtet dann über die einzelnen Organisationen und ihre Entwicklung.

Aber den nächsten Punkt der Tagesordnung:

Entbindungsanstalten, Wöchnerinnen- und Säuglingsheime als Mittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit referierte Geh. Obermedizinalrat Dr. Dietrich-Berlin vom preussischen Kultusministerium. Er hob hervor, daß von 1000 Säuglingen in Preußen 198 in den ersten 30 Tagen, nur 60 im 2. Monat, nur 42 im 3. Monat starben. Hieraus ergibt sich, daß das Wichtigste, die Säuglingsfürsorge in den ersten Lebenstagen des Säuglings sei. Die Mutter müsse sachgemäß versorgt und ihr Stillvermögen dadurch geweckt werden. Wer aber hätte den größten Einfluß auf die Mutter bereits während der Schwangerschaft und in den ersten Tagen des Wochenbettes? Das seien die Hebammen, die 4/5 aller Geburten in Preußen versorgen. Hieraus ergebe sich die Notwendigkeit einer besseren Ausbildung der Hebammen in bezug auf die Ernährung und Pflege des Säuglings, sie sei eines der wichtigsten Mittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Es gibt Verhältnisse, wo es im Interesse des Kindes erforderlich sei, daß die Mutter in geordnete Anstaltspflege kommt. Hilfsbedürftig seien auf alle Fälle die armen Frauen, die alleinstehenden, die verlassenen und die ehelosen. Für alleinstehende Mädchen seien die letzten Schwangerschaftsmonate eine Zeit der schwersten Not. In den letzten Wochen seien sie obdachlos, da sie von der Dienstherrschaft in der Regel entlassen werden. Dazu käme noch die Tatsache, daß manche Wöchnerinnen der ruffähigen Ansicht huldigen, unehelich Schwangere nicht aufzunehmen.

Bei einigem guten Willen ließe sich stets eine örtliche Trennung der ehelich und unehelich Gebärenden vornehmen. Aus Mangel an Platz werde die Mutter oft schon 6 bis 7 Tage nach der Entbindung aus der Anstalt entlassen, wodurch häufig der Grund zum Sterben gelegt werde. Hier müßten Wöchnerinnenheime und Säuglingsheime geschaffen, und zwar müßten die Frauen nach dem Wochenbett in das Säuglingsheim übersiedeln und sich verpflichten, dort einige Zeit zu bleiben, um ihrem und eventuell auch fremden Kindern die Brust zu reichen. Die organische Verbindung von Säuglingsheimen und Wöchnerinnenheimen sei die zweckmäßigste Form. Säuglingsheim ohne Ammen sei ein Un Ding.

Als zweiter Redner sprach Professor Dr. Salge-Göttlingen. Er verbreitete sich über

die Einrichtung und Notwendigkeit von Entbindungsanstalten.

Nicht nur den unehelichen Kindern, sondern auch den ehelichen Kindern der Arbeiterklasse böten die Entbindungsanstalten durch sachgemäße Pflege die beste Gewähr ihrer

Entwicklung. Es wäre das Beste, wenn alle unehelichen Geburten in den Entbindungsanstalten erfolgten. In diesen müßte aber die Kinderheilkunde mehr zur Geltung gelangen. Redner klagt über die geringe Fühlungnahme, die von den ärztlichen Leitern der Wöchnerinnenheime mit den Hebältern genommen würde.

Professor v. Franke-Gießen fordert, daß alle in Notlage sich befindenden Schwangeren in Anstalten entbunden werden müßten. Nach seiner Berechnung wäre da nötig, 208 000 Mütter in Anstalten zu entbinden. Heute geschehe das nur für den fünften Teil. Die Maßnahme gegen die Säuglingssterblichkeit erfordere große Geldsummen. Aber je mehr prophylaktische Maßnahmen wir treffen, desto weniger Krankenhäuser werden wir nötig haben.

Hofrat Meyer-München besprach die Maßnahmen zur Förderung des Stillens. Das Beste sei die mündliche Propaganda, wie sie am besten von öffentlichen Beratungsstellen aus betrieben werden könnte. Deshalb seien Milchläden ohne Beratungsstellen verfehlt, da hierdurch der künstlichen Ernährung Vorschub geleistet, während durch die Beratungsstellen ein Gegengewicht geboten würde. Er befürwortet Stillprämien an stillende Mütter und an Hebammen, die stillende Mütter den Beratungsstellen zuweisen. Redner befürwortet weiter die Einführung der Mutterschaftsversicherung. Das traurigste Los haben die Kinder der Lohnmänner. Hier sei eine gesetzliche Karenzzeit für den Schutz der Ammenkinder nötig. Man müsse verlangen, daß eine Mutter zwei Monate das eigene Kind nährt, ehe sie ein fremdes Kind stillen darf. Vor allem aber sollten die Mütter der gebildeten Kreise mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie selbst stillen.

Stadttrat Hofmann-Leipzig als zweiter Referent empfiehlt in ähnlichem Sinne die Mutterschaftsversicherung und eine Reihe von Einzelmaßnahmen.

An die Vorträge schloß sich eine ausgedehnte Debatte an. Als Ort des nächstjährigen Kongresses wurde München bestimmt.

37. Deutscher Ärztetag.

S. & H. Lübeck, 24. Juni.

Unter Beteiligung von nahezu 1000 Ärzten aus allen Teilen des Reiches trat gestern in Lübeck der Deutsche Ärzteverein zu seiner diesjährigen Hauptversammlung zusammen, deren Mittelpunkt eine Stellungnahme zum Entwurf einer Reichsversicherungsordnung bildet, dessen Erscheinen bekanntlich der deutschen Ärzteschaft Anlaß zu einer energischen Stellungnahme gegen die Vorschläge der Reichsregierung gegeben hat. Der Deutsche Ärztetag wird vor allem darüber zu entscheiden haben, ob das Gesetz für den deutschen Arztstand annehmbar ist oder nicht und ob eventuell nach der Ein- und Durchführung der Reichsversicherungsordnung gegenüber den Krankentassen der Ärzte streik einzusetzen hat, für den die außerordentliche Vertrauensmännerversammlung der deutschen Ärzteschaft vom 23. Mai d. J. bereits die erforderlichen Unterlagen geschaffen hat. Die Verhandlungen begannen mit der nicht-öffentlichen Generalversammlung des Verbandes der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen, des sogenannten „Leipziger Verbandes“, der die wirtschaftliche Abteilung des Deutschen Ärztevereinsbundes bildet und die Führung in den bisherigen Kämpfen der deutschen Ärzteschaft mit den Krankentassen usw. hatte. Zur Verhandlung steht naturgemäß auch hier die wirtschaftliche Lage der deutschen Ärzteschaft, über welche der Generalsekretär des Verbandes, Dr. med. Hartmann-Leipzig dem Deutschen Ärztetag einen sehr interessanten und umfassenden Bericht erstattete. Er bespricht zunächst die Kölner Vorgänge, die nur die erste Phase des großen Kampfes gegen die Ärzteschaft gewesen sei.

Alle Anfeindungen haben nur die eine — sicherlich nicht gewollte — Wirkung gehabt, die Ärzte nur noch fester zusammenzuschweißen.

und die Außenleiter in die Ärzteorganisation hineinzutreiben. Die größte Mitgliederzunahme hätten der Kampf mit dem Verband Deutscher Lebensversicherungs-Gesellschaften gezeigt, ferner die Kölner Ereignisse, das Auftreten der dortigen Regierung, die bekannte Reichstagsrede des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg, und in den letzten Wochen die neue Reichsversicherungsordnung. Das alles beweise, daß angesichts der ungemein geringen Sympathie, der sich nun mal der Arztstand — abgesehen von Zeiten der Not und Gefahr — ziemlich allgemein zu erfreuen habe, der Koalitionsgedanke bei den Ärzten immer fester wurzeln schlage. Allmählich hätten auch die Vertrauenseligsten eingesehen, daß die Ärzte stets auf die Selbsthilfe angewiesen seien, und der Schutz des einzelnen gegen die mächtigen Gegenkoalitionen und seine vielen anderen Gegner nur auf der Kraft seiner eigenen Organisation beruhe. Die Agitation und Werbetätigkeit sei auch im verflochtenen Jahre eine sehr intensive gewesen, da angesichts der Ausschaltung der Vertrauens- und Obmänner des Verbandes von der Mitwirkung bei der Regelung örtlicher Rassenverhältnisse und beim Entstehen und dem Ausbruch von Differenzen mit den Rassenvorständen der einzige sichere Schutz der deutschen Ärzteschaft allein auf ihrer starken Organisation beruhe. Merkwürdig sei es, daß trotzdem der Organisationsgedanke der Ärzteschaft noch vielfach kein Verständnis finde. So seien in Hannover etwa nur 42 Prozent der ansässigen Ärzte dem Verbandsangehörigen. Was die allgemeine Lage anlangt, so sei der Andrang der Praxisfucher noch stärker geworden, das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage trotz Zunahme der Praxisstellen also immer noch recht groß. Wenn daher trotzdem über einen

Arztmangel in Deutschland

gellagt werde, so sei das eine Zirkelbildung der öffentlichen Meinung. Selbstverständlich habe auch der Deutsche Ostmarkenverein sich auf diesem Gebiete betätigt, obwohl ein Arztmangel auch im Osten nicht existiere. Der Berichterstatter ersucht daher, nach wie vor den weiteren übermäßigen Zugang zum Medizinstudium durch Aufstellung der Abiturienten und Eltern zu verhindern und gleichzeitig eine Zentralisation der ärztlichen Stellenvermittlung anzu-

streben. Von besonderem Interesse sind die Ausführungen des Berichterstatters über

die Reichsversicherungsordnung.

Nach den wiederholten Versprechungen der letzten Jahre seitens der Regierungsvertreter, die Umgestaltung des Krankenversicherungsgesetzes nicht über die Köpfe der Ärzte hinwegzunehmen, durfte die deutsche Ärzteschaft, so führte Dr. Hartmann aus, die begründete Hoffnung auf Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche hegen. Bestärkt wurde sie darin noch durch die Einladung ärztlicher Vertreter zu der bekannten Juni-Konferenz des vorigen Jahres im Reichsamt des Innern. Stützig machen konnte weniger harmlose Gemüter allerdings die eigenartige Zusammenziehung jener Konferenz. So waren bei der Einberufung der ärztlichen Vertreter merkwürdigerweise große Bundesstaaten ganz unberücksichtigt geblieben. Dann aber blieb es unverstänlich, daß gleichzeitig auch die Vertreter der Rassenorganisation, die selbstverständlich die ärztlichen Wünsche scharf belämpften, eingeladen wurden. Man konnte nicht ganz das Gefühl los werden, daß es sich hier weniger um eine einfache Aussprache oder Verständigung zwischen beiden Gruppen handelte als um ein gegenseitiges Paralisieren. Das Ergebnis der Konferenz konnte daher nur eine Enttäuschung sein. Indessen

der Inhalt der neuen „Reichsversicherungsordnung“ denn doch weitaus die schlimmsten Befürchtungen.

In einigen zwanzig Paragraphen des sehr umfangreichen Gesetzwerkes ist über alle langjährigen Bestrebungen und Errungenschaften der Ärzteschaft der Stab gebrochen. Das hervorstechendste Moment ist das völlige Ausmerzen jeglicher Mitwirkung der staatlichen oder freiwilligen ärztlichen Organisationen bei der Regelung der kassenärztlichen Verhältnisse. Das Wort „Organisation“ selbst ist überall ängstlich vermieden. Die vom Rassenvorstand ausgestellte „Arztordnung“ gilt nicht allein für die zuerst ausgewählten sondern auch für alle später angestellten Kassenärzte, ohne daß ihnen die Möglichkeit gegeben ist, bedenkliche Bestimmungen zu ändern oder zu beseitigen; denn wenn sie sich nicht ohne weiteres mit dem Inhalt der Arztordnung einverstanden erklären, so wählt der Rassenvorstand eben andere, weniger scrupulöse Ärzte. Von besonderer Tragweite seien, so führte der Berichterstatter weiter aus, besonders die „Schiedsaussschüsse“ und „Schiedskammern“, da sie nicht etwa paritätisch zusammengesetzt seien, sondern das ärztliche Element bei beiden in der Minderheit bleiben würde. Es sei schlimm, daß die Führer des Reichsverbandes gerade in diesem Augenblick den Zankapfel der Zwietracht unter die Ärzte geschleudert habe, wo diesen ein Ausnahmegesetz drohe. Die ganze deutsche Ärzteschaft habe alle Ursache, den maßgebenden Stellen energisch zuzurufen: „Dieses Gesetz ist für uns unannehmbar!“ Gleichzeitig müßten sie aber auch beizeiten alle Maßregeln treffen, um ein Zustandekommen des Gesetzes in der jetzt vorliegenden Fassung und nötigenfalls seine Durchführung mit allen gesetzlichen Mitteln zu verhindern. Von der öffentlichen Meinung sei nichts zu erwarten, Kampf bis zum äußersten! müsse die Parole sein.

17. Bundestag deutscher Gastwirte.

Darmstadt, 23. Juni.

Der 17. Bundestag deutscher Gastwirte mit dem Sitz in Leipzig trat heute hier im Christlichen „Fürstensaal“ zu seiner Hauptversammlung zusammen, zu der sich insbesondere die Delegierten aus Südwestdeutschland, Süddeutschland, Rheinland und Westfalen sowie aus Mitteldeutschland und dem Königreich Sachsen sehr zahlreich eingefunden hatten. Zunächst tagten die Ausschüsse der Gastpflichtfrage, der Sterbefälle und des Fachorgans des Bundes. Der vom Bundesvorsitzenden, Steiner-Leipzig erstattete Geschäftsbericht konstatiert einleitend, daß die mit dem Eintritt besserer wirtschaftlicher Verhältnisse in Industrie und Handel erhoffte Bessergestaltung der allgemeinen geschäftlichen Lage des Gastwirtsberufes leider nicht eingetreten sei. Die Reichsfinanzreform habe eine weitere Verschärfung der unangünstigen Situation mit sich gebracht, denn die geplante Besteuerung von Bier, Wein, Tabak, Licht und Kellame treffe vor allem den Gastwirt. Die Tatsache, daß das hierintrende Publikum sich stets mit aller Heftigkeit gegen eine Verteuerung des Bieres sträube, daß ein sehr großer Teil der Bier konsumierenden Rundschaft sich aus Angehörigen des arbeitenden Standes zusammensetze und daß neben dem Bier auch weitere Belastungen des Wirtstandes geplant seien, gestalte den Blick auf die nächste Zukunft des deutschen Gastwirtsberufes trostlos. Die geplante Hundertmillionenbelastung des Bieres würde Tausende ruinieren. Demgemäß wurde denn auch seitens des Bundes mit aller Energie der Kampf gegen die Kontingentierung geführt und ebenso die Frage der Abwälzung seitens des Bundes-Vorstandes eingehend erörtert. — Ferner hat er gegen die Neubelastung des Branntweins, gegen die Tabaksteuer, gegen die Licht- und Inzeratensteuer sowie gegen die Weinsteuern Stellung in verschiedenen Eingaben genommen. — Die Erörterungen über die Frage des Anmierzneipens und seine Bekämpfung durch die Frauenvereine, insbesondere durch die Forderung des Verbots der Kellnerinnenbeschäftigung gaben dem Bund Veranlassung, vor einem zu droffen Vorgehen zu warnen, da man unter Umständen auch das solide Kellnerinnengewerbe Süddeutschlands treffen würde, doch hat er sich mit einer Befestigung der Anmierzneipen einverstanden erklärt. — In Sachen der anderweitigen Regelung der Stellenvermittlung hat sich der Bund für die Abschaffung des Kommissionärwesens ausgesprochen. — Weitere Arbeiten des Bundesvorstandes betrafen das Spielautomatenwesen, die mißbräuchliche Benutzung fremder Hotelnamen, den Kampf gegen die Erhöhung der Telephongebühren, gegen die unberechtigten Forderungen der Deutschen Lohngewerkschaft, die Erhöhung der Stempelsteuer usw. — Die heutige erste Hauptversammlung wurde sowohl durch Vertreter der Großherzoglich Hessischen Staatsregierung als auch durch den Bürgermeister Gläffing begrüßt. Auch der Angestelltenverband, der Deutsche Kellnerbund, hat einen Vertreter zu der Tagung entsandt, die, wie bereits berichtet, mit einer Ausstellung für das Gastwirtsberufes verbunden ist.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbaden, 25. Juni.

— Zur Bürgermeisterwahl ist Termin auf Mittwoch, den 30. Juni, vormittags 1/2 12 Uhr, bestimmt worden. Der von der Kommission von 88 Bewerbern einstimmig vorgeschlagene Geh. Oberfinanzrat Gläffing zu Darmstadt ist als der Sohn eines Gerichtsschreibers in Sieben geboren und steht jetzt im 42. Lebensjahre. Er studierte hauptsächlich Kameralia und wurde früh in das Großherzoglich hessische Ministerium berufen, wo er unter dem bekannten Finanzminister Kähler in hervorragender Weise an der hessischen Steuerreform mitarbeitete. Gegenwärtig bekleidet Geh. Oberfinanzrat Gläffing, der ledig ist, das Amt des Referenten für die direkten Steuern und hat als solcher auch bei den Beratungen der hessischen Kammer über die Gemeindesteuerreform mitgewirkt. Er ist der Bruder des Bürgermeisters Gläffing in Darmstadt, der gestern mit 36 von 37 Stimmen zum Oberbürgermeister daselbst gewählt wurde.

— Justiz-Personalien. Gerichtsdirektor Franke in Uingen ist dem Amtsgericht dortselbst als Hilfsrichter überwiesen. — Akuar Kleinen zu St. Goarshausen wurde zum Sekretär ernannt und als solcher an das Amtsgericht in Kallert und Amtsgerichts-Sekretär Pitalowitz zu Kallert ist an das Landgericht in Frankfurt berufen.

— Die Handwerkskammer Wiesbaden hält am Montag, den 5. Juli, vormittags 10 Uhr beginnend, im Bürgeraal des Rathauses ihre 14. Vollversammlung ab. Die Tagesordnung ist sehr reichhaltig. Sie umfaßt zur Beratung mit und ohne den Gesellenaussschuß 23 Punkte, u. a. Neuwahl des Vorsitzenden, Ergänzungswahl zum Vorstand, Geschäftsberichte, Festsetzung des Haushaltsplans für 1909/10, Festsetzung des Beitrags, Bildung eines Fonds zur Unterstützung bedürftiger und würdiger Handwerkslehrlinge, Änderung der Wahlordnung, Erlaß und Änderung von Meisterprüfungsordnungen, Abänderung der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens, Abänderung der Gesellenprüfungsordnung.

— Alzisepflicht der Weerenweine. Die Zeit der Selbstbereitung von Weeren- usw. Weinen ist herangerückt. Infolgedessen mahnt das Alziseamt an die pünktliche Anmeldung der selbstgekelterten Weerenweinen und macht auf die Bestimmungen (§12) der Alziseordnung aufmerksam, nach denen Wein- und Obstweinproduzenten des Stadterings ihr eigenes Erzeugnis an Wein und Obstwein binnen 12 Stunden nach der Kelterung und Einkelterung schriftlich bei dem Alziseamt, Reugasse 6a, anzumelden haben. Das zu verwendende Formular zur Anmeldung wird in der Buchhalterei des Alziseamts kostenlos verabfolgt. Nichtanmeldung oder unvollständige oder verspätete Anmeldung ist durch die Alziseordnung mit hoher Strafe — bis zu 300 Mark neben Konfiskation des Weins — bedroht.

— Internationale Luftschiff-Ausstellung Frankfurt a. M. Zur Erlangung von Entwürfen für eine Prämierungs-Medaille der Frankfurter Luftschiffahrt-Ausstellung hatte die Ausstellungsleitung ein Preisanschreiben erlassen, das den Eingang von 47 Arbeiten zur Folge hatte. Drei Preise von 600, 300 und 100 Mark waren ausgesetzt. Das Preisgericht entschied sich für einen mit dem Motto „Goethe“ versehenen Entwurf von Bih. Oskar Braß. Die Medaille zeigt einen Jüngling im Profil, rückwärts gebeugt, auf einer Erhöhung stehend, Gesicht und Arme gegen Himmel gerichtet. Im Vordergrund fliegt ein Luftschiff von der bekannten länglichen Form. An der Fläche eines schroff abfallenden Felsens stehen die Goethe-Worte: „Und ein Flügelpaar — faltet sich los — Vorhin, Ich muß! Ich muß! — Gönn mir den Flug!“ Die beiden andern Preise, die gleichfalls das Flugproblem variierten, fielen auf die Entwürfe „Herrscher der Luft“ von Bildhauer Stock und „Kampf“ von Mergeln.

— Die Pseudoeisenbahner. Bei dem diesjährigen Familienausflug des Wiesbadener allgemeinen Eisenbahnvereins mittelst Extrazuges nach Münster am Stein wurden bei der Fahrkartenrevision durch den Zugrevisor eine Anzahl Leute entdeckt, welche mit Fahrkarten versehen waren und gar nicht zur Eisenbahn gehören oder vielmehr nicht dortselbst bedienstet sind. Die Pseudoeisenbahner wurden von der Bergnützungsfahrt ausgeschlossen, die Personalien festgestellt und zur Anzeige gebracht. Auch gegen die Eisenbahnbeamten oder Bediensteten, von welchen die Fahrkarten herrühren, welche an die Leute abgegeben wurden, ist eine Untersuchung eingeleitet.

— Pionierübungen auf dem Rhein. Vom 27. Juli bis zum 7. August finden zwischen Karlsruhe und Speyer eine größere Pionierübung bayerischer und preussischer Pioniertruppen statt. Daran nehmen teil je eine kriegsstarke Kompagnie der drei bayerischen Pionierbataillone und die Pionierbataillone Mey und Mainz. Die Leitung der ganzen Übung liegt in den Händen des bayerischen Obersten Schäffer, Abteilungschef für Angelegenheiten der Pioniertruppen bei der Inspektion des Ingenieurkorps, ihm ist als Generalstabsoffizier Hauptmann Ruitz vom Generalstab beigegeben. Das Brückenmaterial stellt das 2. Pionierbataillon Speyer und das 18. Armeekorps.

— Delegiertentag des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrmänner. Unter Beteiligung der Delegierten der Feuerwehreinheiten Berlin, Schöneberg, Wilmersdorf, Dortmund, Bochum, Cassel, Kiel, Posen, Lissa, Dresden, Chemnitz, München, Bremen, Stettin, Magdeburg und Düsseldorf trat am 21. Juni der erste Delegiertentag des am 1. Oktober 1908 gegründeten Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrmänner in Charlottenburg zusammen. Von besonderem Interesse waren die Verhandlungen über die Gründung eines Verbandes - Unterstützungsfonds für die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder. Es wurde eine Kommission gewählt, die die Vorarbeiten zu der Gründung des Fonds zur nächsten Tagung in Bremen vorlegen soll. Die Verhältnisse der Berufsfeuerwehrmänner liegen noch sehr im argen. In an-

Deutscher Reichstag.

(Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.)
= Berlin, 24. Juni.

Am Bundesratssitz: Reichskanzler Fürst Bülow, Staatssekretäre v. Sydow, Dernburg, Unterstaatssekretär v. Loebell.

Vizepräsident Paasche eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 5 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Gesetzes, betreffend Abänderung zum

Erbchaftssteuergesetz.

Zur Vorlage liegen mehrere Abänderungsanträge vor, besonders zu § 9a, der die Prozentätze enthält, in deren Höhe die Steuer erhoben werden soll. Über die geschäftsmäßige Behandlung dieser Anträge entspringt sich zunächst eine Geschäftsordnungsdebatte. Darauf berichtet

Abg. Graef-Weimar (wirtsch. Ver.) über die Kommissionsverhandlungen und die Ablehnung der Vorlage durch dieselbe.

Abg. v. Richtigen (konf.) führt aus: Ich kann mich kurz fassen, wenn ich namens der überwiegenden Majorität meiner Freunde spreche. In der siebenmonatigen Verhandlung über die Reichsfinanzreform ist der Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Defizienten und Ehegatten eine von Monat zu Monat wachsende Bedeutung beigegeben worden. Heute erweckt die Verhandlung den Eindruck, als sei das Schicksal der Reichsfinanzreform, welche alle Parteien wollen und wünschen, von der Abstimmung in dieser einen Steuerfrage abhängig. (Sehr richtig!) In der Tat liegt die Sache so, daß die Erbschaftsteuer mit Rücksicht auf die Steuergesetzgebung in den Bundesstaaten als bequemste Besteuerung bezeichnet werden kann. Damit ist sie aber noch nicht die beste wirtschaftliche, ist sie nichts anderes als eine Abart, teils Vermögens-, teils Einkommensteuer. Man hat uns in der Presse Absichten untergeschoben, als ob wir den Reichskanzler stürzen wollten. Reichskanzler oder Minister stürzen zu wollen ist noch nie die Absicht der Konservativen gewesen. (Lachen links.) Das würde den Grundprinzipien der Partei widersprechen. Wir haben festes Vertrauen, daß, wenn der heutige Tag zur Ablehnung dieser Steuer führt, von allen bürgerlichen Parteien der erste Wille gezeigt wird, die Vorlage den Regierungen zu verbessern und annehmbar zu machen. Dann werden die Besteuerungen in ausreichendem Maße geschaffen werden. Die Erbschaftsteuer lehnen wir ab.

Staatssekretär Sydow: Wenn man darin einig ist, daß in Betracht der Heranziehung der breiten Massen der Bevölkerung durch indirekte Steuern die bestehenden Klassen besonders getroffen werden sollen, müsse man die vollkommendste Heranziehung des Besitzes wählen. Die Einkommensteuer ist bereits von den Bundesstaaten voll in Anspruch genommen. Auch die Vermögenssteuer wird von ihnen für die eigenen Kulturausgaben gebraucht. Es bleibt die Erbschaftsteuer, die bereits vor zwei Jahren durch Gesetz von den Bundesstaaten dem Reiche überlassen blieb.

Ein Ersatz einer derartigen allgemeinen Besteuerung durch Spezialsteuern ist nicht möglich,

weil die Leistungsfähigkeit dabei nicht berücksichtigt werden kann. Wenn Sie die Erbschaftsteuer ablehnen, werden die Steuern von ganz anderen schwächeren Schultern getragen werden müssen. Der Gesichtspunkt, daß der Familienbesitz nicht intakt erhalten sei, wird durch die Erbschaftsteuer nicht verletzt. Die Anträge Albrecht, Raab und Graef, eine höhere Prozent-Skala einzuführen zu wollen, bitte ich, abzulehnen.

Die Erbschaftsteuer ist die beste Blume aus dem ganzen Steuerbuckelt.

(Bravo!) Es würde schwer empfunden werden, wenn neben so vielen indirekten Steuern nicht auch der wirkliche Besitz getroffen würde. Vom Ausland ist mir wiederholt die Verwunderung ausgedrückt worden, daß diese Steuer, die sich überall bestens bewährt hat, in so gemäßigter Form nicht einmal bei uns eingeführt werden soll. Im Ausland wird es als selbstverständlich erachtet. Wenn es dem Reichstag gefallen sollte, sie doch noch anzunehmen, so wird sie bald als gut und vernünftig angesehen werden. (Beifall links.)

Abg. Sieg (nat.-lib.): Die Rede des Schatzsekretärs, die er heute wieder einmal gehalten hat, kenne ich zur Genüge und stimme ihr zu. Wenn das Reich 500 Millionen braucht, so ist es nicht mehr als berechtigt, daß auch der Besitz einen gewissen Teil auf sich nimmt.

Die Defizienten- und Ehegattenbesteuerung im Plenum abgelehnt.

Berlin, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des Reichstags wurde der entscheidende § 9a des Erbschaftssteuergesetzes mit 195 gegen 187 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Damit ist die Defizienten- und Ehegattenbesteuerung abgelehnt.

Die Erhöhung des Effektensteuers in der Finanzkommission.

Berlin, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Finanzkommission des Reichstags stimmte heute folgenden Erhöhungen des Effektensteuers zu: Inländische Aktien bisher 2 Prozent, zukünftig 3 Prozent; Kolonialanleihe zukünftig 3 Prozent. Ausländische Aktien bisher 2 1/2 Prozent, zukünftig 3 Prozent. Rufe bisher 1,50 M. von jeder einzelnen Urkunde, bezw. 1 Prozent des Betrages der Anzahlung, zukünftig 5 M. bezw. 3 Prozent. Inländische Obligationen bisher 6 Prozent, zukünftig 2 Prozent. Ausländische Obligationen von Staaten, Eisenbahngesellschaften bisher 1, zukünftig 3 Prozent. Ausländische Kommunalgrundkredit-Obligationen usw. bisher 2 Prozent, zukünftig 5 Prozent. Ferner stimmte man einem Antrag auf Erhöhung des Börsensteuers zu. Derselbe soll künftig betragen für Renten und Schuldverschreibungen des Reiches und der Bundesstaaten sowie für Interimsscheine über Einzahlungen auf diese Wertpapiere zwei

Zehntel vom Tausend statt drei Zehntel. Für Anteile von bergerechlichen Gewerkschaften oder die darüber ausgestellten Urkunden (Kurscheine, Bezugsscheine, Anteilsscheine) 2 vom Tausend statt 1 vom Tausend. Für sonstige Wertpapiere der unter 1 bis 3 des Tarifs bezeichneten Art einschließlich der Genussscheine vier Zehntel statt drei Zehntel vom Tausend. Für ausländische Banknoten, ausländisches Papiergeld, ausländische Geldarten drei Zehntel statt zwei Zehntel vom Tausend.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.)
= Berlin, 24. Juni.

Am Ministertisch: Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben. Zunächst folgt die Beratung des vom Herrenhause in abgeänderter Fassung zurückgelangten Gesetzentwurfes, betr. Abänderung zum

Stempelsteuergesetz

vom 31. Juli 1895. Es liegen Kompromißanträge vor, durch die bei Warenautomaten eine Ermäßigung des Stempels vorgesehen ist; der Stempel der Mietverträge soll mit 2/10 Prozent bei 360 Mark beginnend bis 2 Prozent bei über 20000 Mark ansteigen. Die Stempelabgabepachtverträge wurden derart abgeändert, daß bei geringerer Pachtsumme eine Ermäßigung, bei höherer eine Erhöhung eintritt gegenüber den Beschlüssen des Herrenhauses, der Stempel bei gemeinschaftlichen Jagdbezirken soll bis zu einem Pachtzins von 1500 M. 2/10 Prozent betragen.

Abg. Kries (konf.) tritt im allgemeinen für die Kompromißanträge ein, für welche in der gestrigen Sitzung der Vertrauensleute verschiedener Parteien eine völlige Einheit leider nicht erzielt worden ist.

Abg. Fischel (Fr. Vpl.) spricht sich gegen die Kompromißanträge besonders bezüglich der Jagdpachtverträge aus.

Abg. Reinert (Soz.) erklärt die Kompromißanträge für unannehmbar.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Ich würde es für das richtige halten, wenn das Haus den Beschlüssen des Herrenhauses beitrifft, den hohen Jagdpachtstempel halte ich für durchaus gerechtfertigt. Die Annahme der Kompromißanträge ergibt aus dem Jagdpachtstempel 24000 Mark, bei Mietverträgen 75000 Mark Ausfall.

Abg. Fleiter (Str.): Wir stimmen für die Kompromißanträge. Es ist unrichtig, daß im Gesetz der ländliche Grundbesitz gegen den städtischen bevorzugt wird.

Abg. Wolff-Lissa (Fr. Verg.) wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners.

Nach einer kurzen Polemik zwischen den Abgeordneten Kretz (konf.) und Fischel (Fr. Vpl.) werden die Kompromißanträge im einzelnen angenommen.

Bei der Steuerbefreiung von Namensänderungen der fremdsprachlichen in deutsche Namen bekämpft Abg. Nizerki (Pole) die polenfeindliche Tendenz. Nach einer weiteren Bemerkung des Abg. Kries (Str.) wird das Gesetz nach dem Kompromißantrage gegen die Freistimmigen angenommen.

Es folgt die Beratung der vom Herrenhause mit geringen Änderungen zurückgelangten Novelle zum allgemeinen Berggesetz.

Nach einer kurzen Bemerkung des Handelsministers Deshröf, daß die Staatsregierung gegen die Änderung des Herrenhauses nichts einzuwenden habe, wurde die Berggesetznovelle gemäß den Beschlüssen des Herrenhauses endgültig angenommen.

Herrenhaus.

Der Gesetzentwurf betreffend die Landwege im Regierungsbezirk Cassel wurde unberändert angenommen.

Es folgt die Beratung der Adhäsionsvorlage sowie des Staatsvertrages zwischen Preußen und Hamburg, betreffend die Verbesserung des Elbschiffverkehrs. Der Berichterstatter Graf Schulenburg-Grünthal führt aus: Die Vorlage sei ein deutsches Kulturwerk allerersten Ranges.

Stadtdirektor Tramm-Hannover: Bei Höherlegung der Bahn durch die Tieflegung des Köhlsbrandes darf Harburg nur in ganz geringem Maße herangezogen werden. Die nockende Hafengemeinde Wilhelmsburg muß höhere Entschädigungen erhalten.

Minister Breitenbach drückt seine Genugtuung darüber aus, daß das Haus die Beratung der Vorlage anerkennt.

Letzte Nachrichten.

Ein deutsch-dänisches Musterabkommen.

Berlin, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark, betreffend den gegenseitigen Schutz von Mustern und Modellen, Zustimmung erteilt.

Die deutsche Regierung und Minister Barthou.

Berlin, 23. Juni. Der oft offiziös bediente „Lokal-Anzeiger“ schreibt: Es bestätigt sich, daß die Anfragen des französischen Ministers Barthou an hiesigen amtlichen Stellen sehr unangenehm berührt haben. Zwar, daß der Minister in das chauvinistische Horn gestochen hat, erklärt man sich aus den großen Schwierigkeiten, die er in seinem Ressort erfahren hat. Was ihm verübelt wird, ist die Tatsache, daß er sich nicht geübt hat, die durchaus falsche Behauptung aufzustellen, Frankreich habe sich durch eine unannehme Forderung der deutschen Regierung verletzt gefühlt. Er hat, wie hier bekannt ist, dem Ministerrat beigewohnt, in dem diese Dinge zur Erörterung gelangt sind. Er muß also wissen und weiß es auch sicherlich, daß eine solche Forderung von hier niemals gestellt ist. Wir haben Grund zu der Annahme, daß zwar die deutsche Regierung aus dieser bedauerlichen ministe-

riellen Entgleisung keine Haupt- und Staatsaktion machen, es aber auch nicht unterlassen wird, der französischen Regierung zu verstehen zu geben, wie sie über diesen an den Haaren herbeigezogenen Zwischenfall denkt. Daß er nicht dazu angetan ist, gute und vertrauensvolle Beziehungen zur französischen Regierung zu fördern, liegt auf der Hand.

Zur Hamburger Friedensrede.

Wb. Paris, 24. Juni. Der „Gaulois“ schreibt über die Hamburger Rede des Kaisers: Man kann sich nur laut zu dem unzweideutigen Ausdruck friedlicher Versicherung des Kaisers beglückwünschen.

Kaiserpreisungen in New York.

Wb. New York, 24. Juni. Bei dem gestrigen Kaiserpreisungen, an dem zahlreiche deutsch-amerikanische Gesangsvereine teilnahmen, errangen das „Kreuzerquartett“ und der „Jungmännerchor“ den Kaiserpreis, da beide die gleiche Punktzahl erhielten. Als Preislied war Matthieu Reumanns „Wärmung vor dem Rheine“ gewählt worden. In dem aus fünf Mitgliedern bestehenden Preisrichterkollegium fungieren auch zwei Preisrichter aus Deutschland: Professor M. Meyer-Obersleben-Würzburg und Gustav Wohlgenut-Leipzig, die zu diesem Zweck nach New York berufen worden waren.

Ein Raubmord in der Lüneburger Heide.

Alzen, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Heute nacht wurde das Anwesen des Besitzers Baude in Klein-Bollenen von mehreren Einbrechern überfallen. Die Frau des Besitzers und eine Verwandte wurden durch Schüsse getötet. Baude selbst wurde schwer verletzt. Die Mörder sind entflohen.

Berlin, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Kaiser nahm gestern in Kiel die Vorträge des Kriegsministers General v. Koller v. der Kavallerie v. Einem des Chefs des Zivilkabinetts Wirtl. Geh. Rats v. Valentini und des Chefs des Marinekabinetts Vizeadmirals v. Müller entgegen.

Washington, 24. Juni. Der Senat nahm gestern einen Zusatzantrag zum Zolltarif an, durch den der Kohlenzoll von 67 auf 60 Cents für die Tonne herabgesetzt wird.

Wb. Breslau, 24. Juni. Den Mittagsblättern zufolge erhielt der bekannte Direktor der hiesigen Universitätskinderklinik Professor Czerny den Ruf an die Universität Straßburg.

Letzte Handelsnachrichten.

Berliner Börsenbericht.

Berlin, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Die Stimmung war heute etwas freundlicher auf die gelungene Aufwärtsbewegung der New Yorker Börse, die Wiedererneuerung der Berliner Stabeisenkonvention und auf den günstigen Bericht des „Iron Age“ für Kolonialwerte wirkte die heute herabgeleitete Kaufkraft vornehmlich auf die Befestigung ein. Parafabriken, ebenso Montanwerte waren durchweg höher. Elektricitätsaktien ebenfalls höher, besaglichen amerikanischen Bahnen. Fonds gut gehalten. Deutsche Reichsanleihe gut erhalten. Das Geschäft hielt sich jedoch in engen Grenzen infolge der innerpolitischen Lage. Das Prolongationsgeschäft für Ultimo 1909 sich sehr ruhig bei einem Zinssatz von 4 1/2 Proz. Bei großer Geschäftstillheit blieben die Ausschankungen weiterhin vereinzelt und unbedeutend. Tägliches Geld 3 Proz. und darunter. Die Geschäftstillheit veranlaßte in zweiter Börsensunde einige letzte Abschwächungen. In der dritten Börsensunde war der Verkehr auf die Finanzkommissionsbeschlüsse abgedreht. Industriewerte des Kassamarktes ungleichmäßig bei geringem Umsatz. Privatdiskont 2 1/2 Proz.

Familien-Nachrichten.

Standesamt Wiesbaden.

(Nachh., Nummer Nr. 19; geöffnet an Wochenagen von 8 bis 10 Uhr; die Schließungen nur Diensttag, Donnerstag und Samstag.)

Geburten:

- 15. Juni: dem Bauarbeiter Karl Julius Eiseneder e. S., Wilhelm Karl.
- 15. „ dem Fuhrunternehmer Eduard Curtin e. S., Karl Wilhelm Eduard.
- 16. „ dem Glasmalergehilfen Hermann Hornberg e. L., Erna Minna.
- 16. „ dem Schlossergeh. Moritz Will e. S., Heinrich Eugen.
- 18. „ dem Schreiner Johannes Hessel e. L., Irene Alwine Antonie Theodore.
- 19. „ dem Schuhmacher Ferdinand Welsert e. S., Erich.
- 20. „ dem prakt. Arzt Dr. med. Josef Eigener e. S., Wilhelm Heinrich Ludwig.
- 21. „ dem Grundarbeiter Wilhelm Enders e. S., Georg.

Sterbefälle:

- 21. Juni: Privatier Jakob Bestagel, 75 J.
- 21. „ Witwe Anna Künzler, geb. Weindrenner, 84 J.
- 22. „ Witwe Christiane Koenig, geb. Brand, 83 J.
- 22. „ Gerichtsassistent Karl Garnet, 40 J.
- 22. „ Dienstmann Johann Drehschall, 60 J.
- 23. „ prakt. Arzt Sanitätsrat Dr. med. Wilhelm Cuntz, 60 J.
- 23. „ Steinhauser Johann Reufel, 39 J.

Geschäftliches.

Lieblingspeise an warmen Tagen.
Ein P 556

Mondamin = Milchhammer

mit geschmortem, frischem Obst ist kühlend, verlockend, erfrischend! Mondamin überall erh. à 60, 30 u. 15 Pfg.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 22 Seiten und die Beilage „Der Roman“.

Verlag: S. Schmitz vom Brühl.

Verantwortlicher Redakteur für Inhalt und Inhalt: H. Bergerhoff; für Redaktion, Druck und unter: J. Kaiser; für Wiesbadener Nachrichten: J. B. S. Hoffmann; für Lokal- und Provinzialnachrichten: J. B. S. Hoffmann; für die Anzeigen und Kleinanzeigen: S. Dornack; Druck und Verlag: S. Schmitz vom Brühl, Wiesbaden.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.



Fernsprecher:
Verlag (Expedition) 2953, Redaktion 52,
Druckerei 2266.
Auszeit von 10 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 50 Bfg. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Frangobahn. 2 Bfg. 50 Bfg. vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausländisch Bestellgeld. — Bezugs-Verhältnisse nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die 5 Anzeigebüros, sowie die 12 Anzeigebüros in allen Teilen der Stadt; in Würzburg die dortigen 36 Anzeigebüros und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigenpreis für die Zeile: 15 Bfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in ringelblauer Spalte; 30 Bfg. in deren abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 50 Bfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mf. für lokale Anzeigen; 2 Mf. für auswärtige Anzeigen. Ganze, halbe, dreierlei und viererlei Spalten, durchlaufend, nach beiderseitiger Berechnung. Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Rabatte.

Anzeigenannahme: für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags. Für die Aufnahme später eingereicherter Anzeigen in die nächstfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 290. Wiesbaden, Freitag, 25. Juni 1909. 57. Jahrgang.

Abend-Ausgabe.

1. Blatt.

An unsere Post-Abonnenten!

Am die erfahrungsgemäß beim Vierteljahrswechsel eintretenden Störungen im Bezug zu vermeiden, ersuchen wir unsere verehrlichen Post-Abonnenten alsbald die Erneuerung ihres Abonnements bewerkstelligen zu wollen. Dasselbe kann sowohl bei den Postämtern als auch durch das Besetzpersonal derselben erfolgen.

Verlag des „Wiesbadener Tagblatt“.

Der Sieg über Bülow.

△ Berlin, 24. Juni.

Ein hochdramatischer Tag. Fürst Bülow wird an den denken. Die Opposition hat gesiegt. Der Reichstag hat er seine Macht gezeigt. Auffällig war, daß Fürst Bülow selber an diesem entscheidenden Tage nicht mehr das Wort ergriff. Er hätte eigentlich um seine Wertschätzung kämpfen müssen. Natürlich hätte er nichts ausgerichtet. Aber vor dem Lande hätte er sein Programm nochmals ins rechte Licht stellen müssen. So überließ er seinem Reichssekretär und seinen Anhängern im Hause, zu denen diesmal auch die Sozialdemokraten gehörten, die Verteidigung. Der Kanzler hörte dem ersten Teil der Verhandlungen aufmerksam zu, dann zog er sich zurück. Man ist geneigt, aus seinem Schweigen zu entnehmen, daß er die Niederlage ruhig hinnehmen und die Demission nicht folgen lassen wird.

Die Debatte selbst bot noch recht interessante Momente. Der konservative Redner v. Richthofen ließ bereits die ganze Wucht seines Angriffs auf den Fürsten Bülow und sein Programm niederfallen durch die Erklärung, die Annahme der Erbschaftsteuer würde das Zustandekommen der ganzen Steuerreform nur erschweren. Natürlich erntete er auf allen Seiten des Hauses Hohn und Spott, als er erklärte, wir sind keine Ministerkürzer, wir sind gegen das parlamentarische Regiment. Großen Eindruck machte die Rede des nationalliberalen Großgrundbesitzers Siegel, der jedes Bedenken gegen die Erbschaftsteuer vom landwirtschaftlichen Standpunkte widerlegte. Zum Schluss lobte er den Kanzler in überschwenglicher Weise wegen seiner Verdienste um den Weltfrieden. Ähnlich wie der konservative Redner ließ auch Herr v. Hertling durchblicken, daß die Annahme der Erbschaftsteuer das Zentrum zur Obstruktion bei den übrigen Steuern veranlassen würde. Der freisinnige Müller-Reinigen drachte dem Zentrum verschiedene Siege bei und Dr. David wußte sich ab, die Erbschaftsteuer als sozialdemokratischen Programmpunkt zu kennzeichnen. In der Wandelhalle wurden unterdessen die Ansichten der Abstinenz debattiert. Alle Viertelstunden änderte sich die Vermutung. Die Folgen wurden gleichfalls diskutiert.

Unterdessen war Schluss der Debatte eingetreten. Das Haus war bis auf den letzten Mann besetzt. Die letzten Worte waren herangeholt worden. Kaum jedoch hat man die Bänke so stark besetzt gesehen. Die Erbschaften waren brochend voll. Sehr bald erfolgte die namentliche Abstimmung über den grundlegenden Paragraphen 1a, Besteuerung der Besessenen. Während der Abstimmung beobachtete man, wer rote und wer weiße Fettel abgab. Aufcheinend haben sechs Konservative für die Steuer gestimmt. Bei der Wirtschaftlichen Vereinigung und den Freikonservativen hat unsichere Kantontisten gegeben. Die Sozialdemokraten dagegen stimmten weder für Bülow. Das Resultat überraschte die meisten. Bei dem Ernst der Lage wurde es auf allen Seiten schweigend entgegengenommen. Die weiteren Paragraphen interessierten weniger. Die Abstimmungen folgten Schlag auf Schlag. Teils mit geringerer, teils mit größerer Minorität wurde alles abgelehnt. Hierbei ereignete sich die Besonderheit, daß bei der Besteuerung der fürstlichen Erbschaften die Nationalliberalen für den sozialdemokratischen Antrag, die Polen dagegen stimmten. Schließlich war das ganze Werk getan. Alle Paragraphen, zum Schluss auch die Überschrift, waren abgelehnt.

Was nun? Die Erzählung aufgeregter Gemüter, daß der Reichskanzler bereits die berühmte rote Mappe, mit der er das Auflösungsdekret habe, zum alsbaldigen Gebrauch bei sich trage, erwies sich als unzutreffend. Die Sitzung schloß ohne Sensation, und die Reichs-Abgeordneten fanden sich in Gruppen zusammen. Über das darüber zu diskutieren, was nun geschehen werde, über die Diskussion beschränkte sich auf Vermutungen. Die Sanquiniker sprachen von der Auflösung des Reichstags und von der Ausschreibung von Neuwahlen

zum Herbst, die Choleriker von dem angeblich bevorstehenden Rücktritt des Reichskanzlers und die Whigmaliker endlich von der Vertagung der ganzen Krisis bis zum Herbst. Welches von diesen Temperamenten recht behält, wird sich ja in Wälde zeigen müssen. Offenbar ist der leitende Staatsmann durch das Ergebnis der heutigen Sitzung, die nicht einmal eine dritte Lesung der Erbschaftsteuer ermöglichte, selbst überrascht worden, so daß endgültige Beschlüsse über das weitere Verhalten gegenüber diesem Konflikt, der nunmehr in aller Form da ist, bisher noch nicht gefaßt sein dürften.

Berliner Prekzimmen.

wd. Berlin, 25. Juni. Sämtliche Morgenblätter besprechen in Leitartikeln die Ablehnung des Erbschaftsteuergesetzes durch den Reichstag.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Nur einen Ausweg, eine Rettung gibt es in dieser schlimmen Lage: Auflösung des Reichstags. Fürst Bülow kann in diesem Augenblick nicht zurücktreten, da seine Demission die Gefahren der Lage nur steigern müßte.

Die „Rössische Zeitung“ sagt: Wenn unverzüglich die Anberaumung der Neuwahlen erfolgte, dann werde die gestrige Mehrheit einem Gesetz verfallen, wie es hierzulande beispiellos wäre. Unterbliebe die Auflösung, so wäre alles Ansehen der Machthaber für absehbare Zukunft derart untergraben und die Erbitterung so allgemein, daß man der nächsten Entwicklung der inneren Politik nur mit tiefstem Mißtrauen entgegensehen müßte.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Wie aus diesem Wirrwarr, dieser gänzlich verfahrenen Lage ein anderer Ausweg gefunden werden soll als die Berufung an das Volk, ist nicht ersichtlich. Entweder tatsächliche oder moralische Abdankung des Reichskanzlers, des Bundesrats und der Minister oder Auflösung.

Die „Nationalzeitung“ meint: Mit der Verwerfung der Erbschaftsteuer haben Konservative und Zentrum sich über den Willen der Regierung und der großen Mehrheit des deutschen Volkes hinweggesetzt. Für den Reichskanzler und die Reichsregierung gibt es nur noch die Wahl zwischen hängen und brechen. Der Ruf an das Volk wird nicht ungehört verhallen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat den Mut zu schreiben: Mit der Erbschaftsteuer ist das größte und gefährlichste Hindernis der Reichsfinanzreform glücklich beseitigt. Die Bahn ist frei für nüchternere Erwägungen und sachliche Arbeit. Für die Verbündeten Regierungen kann doch wohl nur noch die Frage kommen, den größeren Besitzsteuerprojekten der Mehrheit ernstlich näherzutreten und ihnen eine möglichst zweckmäßige Gestaltung zu geben.

Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt: Geschehen muß etwas von Seiten der Regierung. Es ist unmöglich, daß die Verbündeten Regierungen vor den diktatorischen Gesetzen des neuen Blocks zurückweichen. Der Reichskanzler ist nicht nur sachlich, sondern auch persönlich engagiert. Ein Zurückweichen darf für ihn nicht in Frage kommen.

Die „Vörsenzeitung“ drückt aus, daß ein eventueller Rücktritt des Reichskanzlers keine Lösung des inneren Konfliktes bringe, da Fürst Bülow bei all seinem Tun in den letzten Monaten an den Verbündeten Regierungen einen Rückhalt hatte. Das Blatt meint, von zwei Ubeln, Beugung unter das laudinische Joch der konservativ-klerikal-polnischen Mehrheit und Auflösung, sei das letztere sicherlich das kleinere.

Die „Kreuzzeitung“ bezieht sich auf die Wiedergabe der „Konservativen Korrespondenz“, welche schreibt: Die Ablehnung des Erbschaftsteuergesetzes macht die Bahn frei für ein schnelles und erfolgreiches Weiterarbeiten an dem wichtigsten, schwersten Werke der Finanzreform. Es steht nun bei Regierung und Liberalen, aus der geklärten Situation die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Langwierige Verhandlungen sind nicht mehr notwendig. Eine schnelle Lösung ist da, wenn die in Betracht kommenden Faktoren es wollen.

Die „Post“ schreibt: Nach den Worten des Kanzlers heißt diese Ablehnung mit Stumpf und Stiel und Ausschließung des Liberalismus: Abschied oder Auflösung. Der Sieg der Rechten war vollkommen. Die Krisis aber ist durch ihn akut geworden.

Der „Vorwärts“ verlangt die Auflösung, damit die Volksmassen selbst ihre Entscheidung treffen gegen die neue Mehrheit, deren Finanzreform für die Besitzlosen eine neue Verflechterung selbst gegenüber den Regierungsplänen bedeute. Mit aller Energie müsse der Abwehrkampf aufgenommen werden.

Der „Börser-Courier“, der wie die anderen Blätter die Möglichkeiten eines Kanzlerabschieds und der Auflösung erörtert, weist auf einen dritten Weg hin. Die Regierungen sollen vielmehr jetzt die Session

schließen und den Reichstag im Herbst vor ein neues Werk der Reichsfinanzreform stellen. Finden sie dann keine Mehrheit, dann folge Auflösung und Neuwahlen. Das sei die beste Lösung.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet, es verlautet, daß Fürst Bülow in diesem Augenblick weder an seine Demission noch an die Auflösung denke.

Der „Berl. Lokalanz.“ schreibt, in der Reichskanzlei sei die Ansicht vertreten, daß die Finanzreform nicht aus der Erbschaftsteuer allein bestehe. Der Kanzler werde es nicht verantworten können, wenn er vor dem Abschluß irgendwelcher Konsequenzen ziehen wollte, nach dem Abschluß der Verhandlungen werde er diese Konsequenzen ziehen.

Konservative für die Erbschaftsteuer.

Für die Erbschaftsteuer stimmten sechs Konservative; nämlich Fürst Hohenlohe-Dehringen, v. Rappenhof, Giese, Wagner, Pauli-Potsdam und Arnold-Greiz. Der erkrankte Graf Stolberg wohnte der Sitzung nicht bei.

Eine Erklärung der sächsischen Konservativen.

Die „Sächsische Politische Korrespondenz“, das offizielle Organ des konservativen Landesvereins für das Königreich Sachsen, wird heute eine Erklärung bringen, deren Tendenz sich gegen das Verhalten des Bundes der Landwirte in Sachen der Erbschaftsteuer richtet. Die Korrespondenz stellt wiederholt fest, daß die Erbschaftsteuer durchaus nicht so verdammenwert sei, wie sie von der Mehrheit hingestellt werde. Zum Schluß der Erklärung heißt es, die sächsischen Konservativen seien zu aufrechte Männer, um sich einer von irrendwelter Seite ausgegebenen Parteiparole, die ihrer Überzeugung widerspricht, blindlings unterzuordnen.

Vertretertag der nationalliberalen Partei.

Der geschäftsführende Ausschuss des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei hat beschlossen, den allgemeinen Vertretertag der Partei zum Sonntag, den 4. Juli, nach Berlin einzuberufen.

Deutscher Reichstag.

Fortsetzung des Drahtberichts in der Morgen-Ausgabe.

— Berlin, 24. Juni.

In der fortgesetzten Debatte über die Erbschaftsteuer spricht nach dem Staatssekretär Sydow der Abg. Siegel (nat.-lib.): Ich bin beauftragt, im Namen meiner Fraktion den Standpunkt unserer Partei zum Ausdruck zu bringen. Ich tue das um so lieber, da sich meine persönlichen Anschauungen genau mit den Wünschen meiner politischen Freunde decken. (Zurufe rechts: Na! Na! Heiterkeit.) Es wird wohl niemand hier im Hause wagen, zu bezweifeln, daß ich vielleicht

der eifrigste Freund der Landwirtschaft

bin, (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) und daß ich fortgesetzt bemüht gewesen bin, die Interessen der Landwirtschaft nach allen Richtungen hin wahrzunehmen. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Es wird wohl auch niemand wagen, zu bezweifeln, daß ich in meiner ganzen Vergangenheit stets die gleiche Liebe zur Scholle zur Schau getragen habe wie die Mitglieder der Rechten. Ich habe ein Gut übernommen, das trotz schwerer Arbeit und großer Opfer niedergegangen war. Dieses Gut bewirtschaftete ich jetzt seit 30 Jahren. Und, m. S., ich lebe in einem glücklichen Familienverhältnis... (Lautes Lachen rechts und im Zentrum, durch das der Redner in große Erregung versetzt wird.) Ich protestiere gegen dieses Lachen. (Große Erregung im ganzen Hause, lebhaftes Anrufen links. Rufe: Das ist der Familienstimm der Herren rechts!) Ich lebe in dem glücklichsten Verhältnis mit Frau und Kindern, und

nach wie ich diesen etwa der Gedanke gekommen, daß ich als Familienvater meine Pflicht verfehle, wenn ich den Versuch machen wollte, für die Erbschaftsteuer an Deszendenden und Ehegatten zu stimmen.

Der Familienstimm in meiner Familie ist genau so entwickelt und genau so groß wie in allen den Familien, deren Oberhäupter glauben, mit Rücksicht auf ihre Familien gegen die Erbschaftsteuer stimmen zu müssen. (Sehr gut! links.) Das Verständnis für die Berechtigung und Notwendigkeit der Erbschaftsteuer ist mir nicht etwa erst unter dem Einfluß der letzten Wochen gekommen. So liegt die Sache keineswegs. Schon in den langen Jahren, seitdem ich mich im öffentlichen Leben betätige, habe ich stets für eine derartige Steuer gesprochen und geschrieben. Also neu ist die Sache bei mir nicht. In dieser Beziehung stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Forderungen der Bundesregierungen vollständig richtig sind. Die Rede des Reichssekretärs, die ich in der Kommission schon gehört habe, (Heiterkeit.), und die ich daher schon ziemlich genau kenne, (Erneute Heiterkeit.) billige ich vollkommen. Auch ich kann nur sagen, daß in einem Moment, wo vom ganzen Volke eine so enorm hohe Belastung gefordert wird, wie jetzt allein vom Reich — geschweige von Preußen und den übrigen Bundesstaaten —, wo schwere Auflagen auf diejenigen Ge-

brauchsgegenstände gelegt werden, die die große Masse des Volkes verbraucht, in einem solchen Augenblick ist es nur gerecht und nicht mehr als billig, daß auch die Besizenden einen gewissen Teil der Lasten ausbringen.

(Lebhafte Zustimmung links.) Das ist der Standpunkt meiner politischen Freunde, den auch ich voll und ganz vertrete. (Lebhafte Beifall links.) Besonders in der letzten Zeit ist draußen im Lande unendlich viel geschrieben und geredet worden, als wenn durch Annahme der Erbschaftsteuer tatsächlich der ganze landwirtschaftliche Grundbesitz zugrunde gehen würde. Wenn wirklich einmal die Wahrheit draußen im Lande bekannt sein wird, dann werden diejenigen, die Ihnen (nach rechts) heute noch folgen, Ihnen die bittersten Wortwürfe machen. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Ausführungen, die der preussische Finanzminister v. Rheinbaben und die anderen Mitglieder des Bundesrats bei der ersten Lesung der von der Regierung eingebrachten neuen Erbschaftsteuer gemacht haben, müßten, wenn bei uns die französische Sitte herrschte, in allen Gemeinden angehängelt werden. (Lebhafte Beifall links.) Dann würde sich das Volk draußen im Lande eine richtige Meinung bilden, auch der kluge Bauer, auf den ich nachher noch ganz besonders zu sprechen kommen werde. (Heiterkeit.) In einem Punkte allerdings muß ich den Herren von der Rechten zustimmen: in dem Protest gegen die Angriffe des Professors Hans Delbrück wegen der angeblichen Steuerbrüder der Landwirte. Diese Angriffe verhorrestiere auch ich; auch ich protestiere ganz energisch dagegen, daß man solche Beschuldigungen gegen den ganzen Stand der Großgrundbesitzer, dem auch ich angehöre, erhebt. Das ist nicht fair und nicht richtig. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum. Zuruf: Rommen!) Den Herrn Rommen können Sie ja nachher allein sprechen. (Stürmische, langanhaltende Heiterkeit im ganzen Hause.) Man hat über den Hanfabund gelaßt. Ich sehe schärfer in die Zukunft, mit seinen großen Mitteln bekommt er die besten Agitatoren, die größten Schwäger, die das Blau vom Himmel herunterreden. (Große Heiterkeit.) Er wird großen Erfolg haben, und Sie werden die Beche bezahlen. Daß gerade Graf Westarp, der gegen einen Polen gewählt ist, mit den Polen zusammengesetzt, die eine vollständige Revolutionierung unserer Arbeiter anstreben, bedauere ich lebhaft.

Die Stimmung gegen diese konservativ-meritale Politik im Lande wächst ständig zugunsten des Reichskanzlers.

Gerade wir Bewohner des Ostens sind ihm und dem Kaiser dankbar für das, was in der letzten Zeit sich abgespielt hat. Wir haben jetzt wieder Ruhe. Sie in den bayerischen Bergen, wo kein Kofal hinkommt, haben natürlich dafür kein Verständnis. Wir an der Grenze sind aber voll Dankbarkeit gegen den Reichskanzler und voll Dankbarkeit gegen den Kaiser, weil es ihnen gelungen ist, die alte Freundschaft mit Rußland wiederherzustellen. Fürst Bülow hat sich so außerordentliche Verdienste um die auswärtige Politik, und besonders auch um die deutsche Landwirtschaft erworben, daß wir dringend wünschen, daß er in seinem Amt bleibe. Ich hoffe doch noch, daß der Frieden und die Eintracht zwischen den Parteien wiederhergestellt wird. (Stürmischer Beifall links, Zwischen im Zentrum.)

Abg. Fürst Hatsfeld (Mp.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zur Erbschaftsteuer, fordert aber verfassungsrechtlichen Schutz gegen die Erhöhung der Steuerföhe und die Ausdehnung der Steuer auf kleine Vermögen. Mißlingt dieser letzte Versuch, die Finanzreform ins Lande zu bringen, oder wird die Erbschaftsteuer abgelehnt, so sind wir entschlossen, unsere ganze Kraft für das Zustandekommen der Finanzreform auch ohne Erbschaftsteuer einzusetzen. (Große Bewegung.)

Abg. Freiherr v. Hertling (Zentr.): Ich weiß nicht, ob die Ansicht richtig ist, daß sich heute das Schicksal der Finanzreform entscheidet, denn

die Zukunft ist dunkel.

Der Redner wendet sich mit aller Schärfe gegen die Erbschaftsteuer und erklärt: wir haben gelesen, daß einfluß-

reiche Parteien dieses Hauses ihre Stellung zu den indirekten Steuern von dem Ausfall der Abstimmung über die Erbschaftsteuer abhängig machen wollen. Ich habe keine Beschlüsse meiner Fraktion hier mitzuteilen, aber was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. (Bewegung.)

Abg. Dr. David (Soz.): Wenn die Erbschaftsteuer heute der wichtigste Punkt ist, so haben ihn die Konservativen dazu gemacht. Sie sagen: Prinzipienfragen. Das ist

das Prinzip des großen Portemonnaies

Herr v. Nächstofen äußerte stillliche Entrüstung, daß seine Partei niemals daran dächte, einen Reichskanzler zu stürzen. Wer hat Bismarck gestürzt, wer Caprivi? In diesem Punkt haben sich die Herren vom Zentrum auch sehr gern bereit gefunden, den Bund mitzumachen. Daß die Regierung es nicht wagen kann, die Erbschaftsteuer einfach unter den Tisch zu werfen, ist ein Verdienst der Sozialdemokraten, auf die man doch Rücksicht nehmen muß. Aber trotz Erbschaftsteuer wird auch die Nachlasssteuer kommen, und die Vermögens- und Einkommensteuer. Die ganze Steuer ist eine sozialdemokratische Idee. Die Regierung hat nur in den guten sozialdemokratischen Wein eine gehörige Portion Wasser gegossen. Jetzt sind die Herren Konservativen auf einmal Bauern; wenn man sie gesellschaftlich als solche bezeichnen würde, riskierte man, ein Duell auf den Hals zu bekommen. (Heiterkeit.) Ich wundere mich nur, wie das Zentrum seine Stellung vor den Wählern verantworten will; mit einem gewissen Grad von Dummheit bei den Zentrums-wählern kann es ja rechnen.

(Lärm im Zentrum.) Aber schließlich können sie doch nicht so dumm sein, daß sie nicht diese Politik durchschauen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (frei. Volksp.): Ich habe zu erklären, daß wir dem Antrag, soweit er eine Erhöhung auf 5 Prozent einzuführen gedenkt, zustimmen werden. Der sozialdemokratische Antrag im § 9a geht uns zu weit. Den Antrag Gamp, bezüglich des § 9a können wir nicht annehmen, denn wohin würden wir kommen, wenn wir bei jeder Steuerbestimmung eine derartige Verfassungs-Klausel aufnehmen würden. (Sehr richtig! links.) Dieser Gedanke bedeutet geradezu

eine Zurückshraubung des Reichsgedankens.

(Sehr richtig! links.) Warum diese Angst vor der erweiterten Erbschaftsteuer? Der kräftigste Schutz gegen eine unberechtigte erzeffive Ausdehnung der Erbschaftsteuer ist das berechnete Interesse der 25 deutschen Bundesstaaten. (Sehr richtig! links.) Ich kann mir nicht denken, daß die Bundesstaaten einer kommunistischen Aufteilung des Privateigentums jemals nur irgendwie zustimmen würden, die Verfürchtungen in dieser Richtung schließen also weit über das Ziel hinaus. Bezüglich der Stellung der einzelnen Parteien ist nichts charakteristischer für die jetzige politische Situation, als

die diplomatische Stellung des Zentrums.

(Sehr richtig! links.) Die Rede des Freiherrn v. Hertling war sehr interessant, sie hat mich erinnert an den bekannten Wunsch unseres Dichters Thoma, der bei Auflösung des Reichstags so schön die Situation für das Zentrum kennzeichnete:

Die Zukunft muß als dunkel gelten,

Die Gegenwart ist auch nicht klar,

Und mancher weiß im Lauf der Welt

Nicht einmal mehr, was gestern war.

An diese Ausführungen unseres Dichters Thoma mußte ich bei der Rede meines Landmanns Freiherrn v. Hertling denken. Er sagte, die Gegenwart ist dunkel. (Zuruf im Zentrum: Die Zukunft!) Die Zukunft also! (Große Heiterkeit.)

Wenn Ihre Partei eine Zukunftspartei für das Deutsche Reich wäre, dann ist es freilich über ganz Deutschland dunkel.

(Widerspruch im Zentrum, Zustimmung und Heiterkeit links.) Das deutsche Volk möge bewahrt sein vor einer derartigen Zukunft. Herr v. Hertling hat es dargestellt, als handele es sich hier nur ganz allein um einen Kampf zwi-

schen rechts und links. Das ist die feine Latil des Zentrums, die es stets so meisterhaft auszuüben weiß. (Zuruf beim Zentrum: Trotz der Dunkelheit. — Heiterkeit.) Herr Kollege Hein, Sie sind ja innerlich auf unserer Seite heute. (Große Heiterkeit links.) Sehr richtig! Wenn Sie so sprechen dürfen, Herr Kollege Hein. (Zuruf des Abg. Hein: Wer verbietet es mir denn?) Die Parteidisziplin! Die Suppe lassen Sie andere ausessen, so haben Sie es schon 1905 gemacht, und damals waren die Nationalliberalen die Triarier, die Sie in erster Linie vorschickten. Heute ist es Graf Westarp, der schlaue Herr, der die böse Suppe ausessen muß, das werden die Herren auf der rechten Seite bald auskosten.

Das Opfer, das dieses politische Untier einmal in seinen Klauen hat, ich meine das Zentrum, das läßt es nicht wieder heraus.

(Große Heiterkeit.) Graf Westarp hat in so anschaulicher Weise das zufällige Zusammentreffen der Herren auf der rechten Seite und des Zentrums dargestellt, aber so ganz zufällig war die Sache nicht. Wer dächte nicht an eine bekannte Fabel vom Wolf und vom Lamme! Das Zentrum hat förmlich gelauert auf Sie! (Lebhafte Widerspruch im Zentrum.) Das Zentrum hat Ihnen einen Happen nach dem anderen hingeworfen, der erste war die Branntweinsteuergabe, der zweite die 19-Millionen-Liebesgabe, auf die Sie wieder einschnappten, und so hat allmählich immer mehr dieses Untier Sie ans Hammelbein bekommen. (Große Heiterkeit.) Und wenn Sie sich noch mehr mit diesem Untier einlassen, dann wird es Sie noch vollkommen aufressen. (Große Heiterkeit.) Das demokratische, mittelstandsfreundliche, mit sozialpolitischen Ideen durchdränkte Zentrum hat nun endlich sein Herz gegen diese Erbschaftsteuer wirklich gefunden. Es hat wirklich etwas lange gedauert. Aber ich nehme an, daß es endlich einmal endgültig ist. (Heiterkeit.) Herr Sieg hat ganz recht, nur die Unkenntnis der Massen ist schuld, daß man sich überhaupt über die ganze Steuer so aufregen konnte draußen im Lande. Die Regierung trifft auch große Schuld. Wenn sie für die rechte Zeit ungefähr in der Art und Weise wie Freiherr v. Rheinbaben, für Aufklärung gesorgt hätte draußen im Lande, dann wären auch die allergrößten Schwäger aus dieser Agitationsstube nicht mehr an die Bauern und an den Handwerkerstand herangelommen, sondern man hätte ihnen einfach die Tür gewiesen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Vizepräsident Raempf: Ich habe verstanden, daß Sie den Reichstag mit einer Agitationsstube verglichen haben. (Große Heiterkeit und Widerspruch.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen fortfahrend: Das ist ein wesentlicher Irrtum des Herrn Präsidenten. Ich habe nicht das hohe Haus gemeint. (Abg. Reich: Fiskus Schumann!) Sie wissen schon, wie ich es gemeint habe. Es gehört ja zu den Eigenümlichkeiten, die in der Rede des Abg. Spahn vorgekommen sind, daß er auch wegleugnen will, daß ein Zentrumsabgeordneter der eigentliche Vater dieser Ausdehnung auf Dependenden und Ehegatten ist. (Hört! Hört!) Der Abg. Lehner hat die englische Erbschaftsteuer empfohlen, deren Eigenümlichkeit es gerade ist, daß sie alle Vermögen ohne Rücksicht auf den Verwandtschaftsgrad faßt. Der Mittelstand, die Arbeiterschaft begreifen die antisoziale und mittelstandsfreundliche Haltung des Zentrums absolut nicht. Es ist merkwürdig, daß Graf Westarp die wahren Absichten des Zentrums nicht erkennt. Sonst hätte er nicht hier erklären können, daß seine Partei durch ihre Politik dem Kanzler den Boden ebnen wolle.

Oh, sancta simplicitas, Herr Graf, lassen Sie sich doch über das Zentrum informieren, dessen feines Bollwerk die stupiditas hominis ist.

Auch Herr Spahn behauptet, er wisse nichts davon, daß seine Partei den Kanzler stürzen wolle. Herr Peter Spahn und Graf Westarp scheinen niemals etwas davon gehört zu haben, wie in der Zentrumsstube der verhaßte sogenannte Modkanzler verfolgt worden ist. (Gelächter im Zentrum.) Wie ein paar Loren haben die beiden Herren nichts gehört und nichts gelesen. Sie haben niemals von dem gräßlichen

Fenilleton.

Walhalla - Theater.

Donnerstag, den 24. Juni: „Das Glückschweinchen“. Operette in 4 Akten von Leo Stein und Karl Lindau. Musik von Edmund Eysler. Spielleiter: Direktor S. Nordert. Dirigent: Kapellmeister Marco Großkopf.

Zum ersten Male wurde gestern Abend die Stein-Lindau'sche Operette „Das Glückschweinchen“ gegeben, mit dem die Direktion kaum „Schweinchen“ haben dürfte; denn es handelt sich hier um ein Ding von absoluter Witzigkeit bei völlig unzureichendem Text, der selbst dann nicht genügt wenn man die Anforderungen an das Textbuch einer Operette, die man bei dem Tiefstand der heutigen Libretto-fabrikation sowieso schon ziemlich herabschraubt, noch so niedrig stellt. Dichterischen Geist atmen nur zwei Stellen des Textes, die eine heißt: „Ich ging im Walde so für mich hin — Und nichts zu suchen, das war mein Sinn“, und die andere lautet: „Die Vorhoffahrt hör ich wohl, — Allein mir fehlt der Glaube“. Beide Verse sind bekanntlich von Goethe. Die Grundlage der Handlung ist die: Großherzog Daniel von Syrien hat eine Tochter namens Bebe, die ist Prinzessin, und eine Tochter namens Bibi, die ist nicht Prinzessin, sondern Blumenhändlerin und Nichte der Mutter Margot. Bebe soll mit dem Prinzen Jerome verheiratet werden, brennt aber fünf Minuten vor der Hochzeit mit einem Grafen durch, da wird dann dem prinzlichen Hornochsen die Bibi, die man gerade zur Hand, angetraut, und er merkt den Tausch nicht, da Bibi außer der Namensähnlichkeit auch sonst der Bebe ungemein ähnlich sieht. „Ganz mein Gesicht, Parbon, Gemüt“, sagt der Trottel-Großherzog Daniel. Mit diesem Jitak ist ungefähr die Gesamthöhe der Glückschweinchen-Witze gekennzeichnet. Und warum besteht man auf der Vermählung Jeromes mit einer Pseudogattin? Weil er die Schulden Daniels bezahlen und damit den Staat retten soll! Was sich weiter abspielt, bewegt sich ebenfalls außerhalb der Grenzen irgend einer Möglichkeit. Die Direktion hatte ihr Möglichstes in der Ausstattung getan, die Regie waltete ihres Amtes mit Geschick,

die Kapelle (unter Großkopfs Leitung) war auf der Höhe und die Künstler gaben sich redlich Mühe, das heitere Element des Werkes besonders zu unterstützen, wobei sie hier und da allerdings zu viel aufrufen. Immerhin kam bei der allseitigen Anstrengung, aus dem „Glückschweinchen“ etwas zu machen, eine Vorstellung zustande, die dem Publikum wiederholt Gelegenheit zu Hervorrufen gab. Fel. Herzkamp spielte die Bebe und die Bibi, beide fröhlichen Gemütes, den Großherzog Daniel gab Herr Friebe und den Prinzen Jerome Herr Paul Schulze. Beide festes die Höflichste Waise auf — ganz im Sinne der Autoren. Ein schneidiger Ensführer war Herr Hertling, ein flotter Liebhaber Herr Süßenguth, eine verführerische Großherzogin Fel. Hohenfels und ein wirksamer Domestik Herr Riesler. Die Musik von Edmund Eysler ist zwar im ganzen wenig original, aber stellenweise von erfreulicher Frische. —

Aus Kunst und Leben.

R. Gefährlose Löwenjagd. Von einem eigenartigen Verfahren, das es ermöglicht, den Gefahren und Aufregungen einer Löwenjagd teilhaftig zu werden, ohne dabei die eigene Haut zum Raute zu tragen, gibt ein zurzeit in Britisch-Ostafrika weilender Mitarbeiter des „Daily Mirror“ eine amüsante Schilderung. „Ich lehre soeben aus der Kapitulation zurück, wo ich ein Schauspiel erlebt habe, das wohl nur wenige Weiße gesehen haben“, so schreibt der Korrespondent aus Nairobi, „ich habe eine Löwenjagd der nur mit Speeren bewaffneten Massai-Krieger miterlebt. Lord Delomere hat das Schauspiel für mich arrangiert, um mir zu zeigen, wie man bequem und ohne Gefahr photographische Aufnahmen wilder Tiere aus nächster Nähe bekommen kann. Man hatte eine große mit starkem Stahlgitter geschützte Eisenkiste von zwei Meter Höhe und Breite konstruiert, die am Boden offen war, so daß sieben von uns hineintraten, und mit Hilfe von ihnen angebrachten Handgriffen diesen soliden Menschenkäfig bequem weitertragen konnten. Der Boden konnte verschlossen werden für den Fall, daß ein Löwe den Menschenbehälter angreift und unwirkt. Am Morgen nach dem Frühstück kamen Boten, die berichteten, daß man drei Löwen aufge-

spürt habe. Wir brachen sofort auf, die Massai in zwei Reihen neben uns. Bald kamen unsere Korretier zurückgaloppiert; unmittelbar vor uns in dem niederen Gestrüpp sah er eine Löwin. Wir blickten genauer hin und dann sahen wir's auch: über dem Grase ein paar glühende Augen, der Kopf der Löwin. Wir nahmen unseren Käfig auf und bereiteten uns vor. Die Massai erkundigten sich, ob wir unsere photographischen Apparate in Ordnung hätten; dann drangen sie mit lautem Geschrei vor. Zwei Hauptlinge folgten der getrimmt dahinschleichenden Löwin in unmittelbarer Nähe. Ein dritter wurde von ihr im Sprünge niedergeworfen. Unwillkürlich hielten wir den Atem an. Aus welcher Ursache konnten wir nicht erkennen, aber die Löwin sprang sofort auf und ließ ihr Opfer so gut wie völlig unverletzt liegen. Schreiend und lärmend verfolgten die Massai das Raubtier. Fast einen Kilometer weit zog sich diese Jagd hin. Dann machte die Löwin Halt und wendete sich den Verfolgern zu. Von unserem Käfig aus sahen wir alles genau in unmittelbarer Nähe; wir sahen, wie sie mit den Zähnen wütend den gelben Staub aufwirbelte, sahen wie alle Muskeln des geschmeidigen Körpers sich anspannten, sahen, wie sie sich zum Sprünge bückte. Dann schoß blitzschnell ein brauner Körper durch die Luft: sie sprang mitten in die Schar der Massai. Aber schon hatte sich die Gruppe gelöst, die weißen Schilder wirbelten, die Speere blitzten, das Durcheinander löste sich, und wir sahen das Raubtier ferkend am Boden.“

Theater und Literatur.

Aus Sieben wird gemeldet: Ein Naturtheater hat nun auch die heftige Universitätsstadt Sieben erhalten. Unweit des Ludwigsbrunnens hat man ein Naturtheater errichtet, auf dem zum Gedächtnis an die Schlacht im Teutoburger Walde das Schauspiel „Die Hermanns-Schlacht“ von Heinrich v. Kleist zur Aufführung gelangen soll. Die ersten Aufführungen finden bereits Montag und Mittwoch nächster Woche statt.

Aus London wird berichtet: Der Theaterdirektor und Schauspieler Verbohm-Tree und der Dramatiker Pinero wurden aus Anlaß der offiziellen Feier des Geburtstags des Königs zu Barons ernannt.

Nr. 291
habersfeldt
den Grafen
worden ist
von den je
„Figaro“
steht sich
ganz verge
November
Herrn, der
Zentrum.)
Ein solche
und
(Große He
gefunden
tiner jol
sichem W
sollten do
haben. (M
Herr Hahn
Sie sind j
(Großer Z
mag ja kei
Reichstanzl
nem dola
positiver“
Sie, was
Hier ist
und
Wir haben
Annahme
Reichstanzl
Paragraph
dann mag
ganze Wert
(Beifall im
uniererselb
gefunden C
Sime des
Belächter u
Abg. I
Nachlassst
würde eine
Stufen sich
Wesche I
hätte aber
Abg. Z
Abg. Dr. V
Parteien z
über Erban
auch Erbsch
Die Be
Person
überlose He
schalten A
Ordnung
Es wir
anträge we
gezogen. D
Abstimmung
wenigen M
den Reform
bei einer W
187 Stim
Damit ist d
Das Abstim
In ras
Graphen der
abgelehnt.
und rufen
hemokra
der Vorlage
Vizeprä
Gesenthu
zur dritt
Die Za
Sodann
überzeuge
linade“
habe mit d
würbige Ve
den Ordnun
meute grobe
Freitag
hatten ruft
Vorlesebu
Auf die
staltung des
Ausgaben n
nahmen n
21 Millione
Berichte
des Entwur
Untersta
1/2-Milliar
mäßig hoch
Abg. v.
Zentrums i
Abg. A
Vorlage erst
ständig et

Zen-
Zuruf
Herr
Seite
n Sie
Abg.
Hilf!
Sie es
allibe-
Seite
Suppe
Seite
seinen
nicht
licher
auf der
ganz
ne be-
Zem-
ber-
einen
e war
tionen-
so hat
selbst
h noch
e noch
motra-
oben
in diese
etwas
einmal
it, nur
über-
tauchen
Wenn
Weise
hätte
größten
an die
n, son-
ebhafte
h Sie
haben
ist ein
e nicht
mannst
t ja zu
Spahn
ah ein
Aus-
Hör!)
e emp-
alle
sagt.
Soziale
absolut
Wichtig-
er er-
dem
h doch
ert die
h seine
on und
ört zu
namte
trum.)
gehört
Hilf!
n zwei
zurück-
Hilf!
o dann
Kugen,
uf und
ob wir
hätten;
Haupt-
hr im
ir den
kemen,
so gut
nd ver-
ometer
in Holt
Hilf!
e; wir
Staub
reibigen
prunze
ich die
er schon
erbeten,
nd wir
eate
halten.
theater
Zentru-
nuss-
elangen
ag und
direktor
matte
es Ge

Haberfeldtreiben gegen den Kanzler vernommen, das von den Grafen Praschna und Spee in die Wege geleitet worden ist. (Unruhe im Zentrum.) Sie haben niemals von den seinen Artikeln in der „Wiener Reichspost“ und im „Figaro“ gehört, von dem sogar der „Vorwärts“ in Etel sich abwandte. (Unruhe im Zentrum.) Sie haben ganz vergessen, daß ein Zentrumslid hier in den Kobemertagen erklärte: Der Knecht hat erhochen den edlen Herrn, der Knecht wäre selber ein Ritter gern. (Lärm im Zentrum.)

Ein solches Parzival-Dioskuren-Paar, wie Peter Spahn und Graf Westarp, habe ich noch nie gesehen. (Große Heiterkeit.) So viel Glaube wurde noch niemals gefunden im Volke Israel. (Stürmische Heiterkeit.) Mit einer solchen Harmonie sollte in einem derartigen politischen Moment sollten Sie nicht kommen, Herr Graf. Sie sollten doch etwas Angst vor dieser Zentrumsgesellschaft haben. (Abg. Hahn ruft: Wohl!) Sie natürlich nicht, Herr Hahn.

Sie sind ja von jeher ein Einseitiger für den Ultramontanismus gewesen. (Großer Lärm im Zentrum und rechts.) Bei der Rechten mag ja kein Dolus vorliegen bezüglich der Absicht, den Reichskanzler zu stürzen, aber man kann doch wenigstens von einem dolus eventualis sprechen. Nun ist so viel von „positiver“ Mitarbeit gesprochen worden. „Positiv“ nennen Sie, was Ihrer Ansicht entspricht.

Hier ist der Prüfstein für Ihr staatliches Bewußtsein und Ihr soziales Verantwortlichkeitsgefühl. Wir haben vom ersten Tage an erklärt, daß für uns mit der Annahme oder Ablehnung des Erbschaftsteuergesetzes die Reichsfinanzreform steht und fällt. Wird der vorliegende Paragraph abgelehnt, und fällt damit die ganze Vorlage, dann mag diese Mehrheit die volle Verantwortung für das ganze Werk der Reichsfinanzreform ganz allein übernehmen. (Beifall links; Gelächter rechts und im Zentrum.) Wir unsererseits überlassen ruhigen Sinnes das Endurteil dem gesunden Sinn des deutschen Bürgertums, dem gesunden Sinne des deutschen Volkes. (Stürmischer Beifall links; Gelächter und Zwischen rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Heim (Zentr.) erklärt, daß er wohl für eine Nachschaffener in Bayern eingetreten sei. Aber diese Steuer würde eine Form angenommen haben, für die Sie von der Linken sicherlich nicht eingetreten wären. Mit dem Abschluß, den uns die Regierung vorgelegt hat, hatte aber diese Steuer nichts zu tun.

Abg. Lattmann (Wirtsch. Vgg.) weist die Angriffe des Abg. Dr. Müller-Weinigen gegen die andersdenkenden Parteien zurück. Es dürfe nicht heißen: Rotierungssteuer oder Erbschaftsteuer, sondern: Rotierungssteuer, aber dann auch Erbschaftsteuer. (Beifall.)

Die Besprechung schließt. Persönlich erklärt Abg. Graf Mielzynski (Pole): Der Herr Herr Sieg hat eine Kapuzinade gegen das Zentrum gehalten. (Der Redner erhält wegen dieses Ausdrucks einen Ordnungsruf.)

Es wird nunmehr abgestimmt. Sämtliche Abänderungsanträge werden abgelehnt. Der Antrag Gamp wird zurückgezogen. Die Staffelfähigkeit der Regierung werden in einfacher Abstimmung von der gesamten Linken, der Reichspartei mit wenigen Ausnahmen, der Wirtschaftlichen Vereinigung und den Reformern angenommen. Der § 9a wird aber im ganzen bei einer Beteiligung von 333 Abgeordneten mit 195 gegen 187 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Damit ist die Besteuerung der Deszendenten und Ehegatten gefallen. Das Abstimmungsergebnis wird mit tiefem Stillschweigen aufgenommen.

In rascher Folge werden dann die weiteren Paragraphen der Vorlage zur Abstimmung gebracht und sämtlich abgelehnt. Die Polen stimmen stets mit der Mehrheit und rufen dadurch mehrfach den Protest der Sozialdemokraten hervor. Auch Einleitung und Überschrift der Vorlage werden abgelehnt.

Vizepräsident Dr. Baasche teilt mit, daß damit vom Gesetzentwurf nichts mehr übrig ist, und daß er also nicht zur dritten Lesung kommen kann. Die Tagesordnung ist erledigt.

Sodann erklärt Dr. Baasche, er habe sich nachträglich überzeugt, daß Graf Ballestrin einmal das Wort „Kapuzinade“ ausdrücklich als parlamentarisch zulässig erklärt habe mit der Begründung, die Kapuziner seien ganz anständige Leute. (Stürmische Heiterkeit.) Er ziehe daher den Ordnungsruf gegen den Grafen Mielzynski zurück. (Erneute große Heiterkeit.)

Freitag 2 Uhr: Stempelsteuern. (Von den Sozialdemokraten ruft man: Bülow! Bülow!) Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Fortsetzung des Sachverhalts in der Morgen-Ausgabe. — Berlin, 24. Juni.

Auf die Annahme der Vergesetznovelle folgt die Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Deckung von Ausgaben des Rechnungsjahres 1907, die aus den Einnahmen nicht bestritten werden konnten. Es sollen 21 Millionen Mark auf Anleihe genommen werden.

Berichterstatter Dr. Köhling (natl.) empfiehlt Annahme des Entwurfs.

Unterstaatssekretär Dombois meint, daß bei einem Milliarden-Etat die Überschreitung nicht übermäßig hoch sei.

Abg. v. Pappenheim (kons.): Die Dienststreifen der Beamten müssen ganz erheblich eingeschränkt werden. Viele von den Dienststreifen sind ganz überflüssig.

(Abstimmung.) Auch bei den Bauten muß gespart werden; vor allem muß man sich mehr an den Voranschlag binden. Nur so wird man sich gegen solche Staatsüberschreitungen schützen können. (Lebh. Beifall.)

Abg. v. d. Hagen (Zentr.) schließt sich namens des Zentrums diesen Ausführungen an.

Abg. Kronsohn (freif. Volksp.) bedauert, daß diese Vorlage erst so spät zur Behandlung komme, wo sie nicht so gründlich erörtert werden könne, wie es notwendig sei.

Das Gesetz wird darauf in zweiter und dritter Lesung unverändert angenommen.

Es folgen Petitionen. Aber eine Petition der Frau Minna Gauer um Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts und Ersetzung desselben durch das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter und um eine gerechte Einteilung der Wahlkreise beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Rosenow (freif. Vpt.): Der Berichterstatter meinte, wir hätten uns über die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts und die Änderung der Wahlkreiseinteilung bereits genügend unterhalten. Die Sache ist doch aber keineswegs etwa endgültig erledigt. Ist doch durch die Thronrede sogar gesagt worden, daß eine Abänderung des bestehenden Wahlrechts erfolgen soll. (Lachen rechts.) Ich verstehe nicht, wie die Rechte lauten kann, wenn ich von der Thronrede spreche.

Die Thronrede hat die Änderung des Wahlrechts als dringendes Erfordernis der Zeit bezeichnet. Wir sind der Meinung, daß keine Gelegenheit vorübergehen darf, ohne daß wir die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts für Preußen und vor allem eine gerechte Wahlkreiseinteilung gründlich und laut verlangen. (Sehr wahr! links.) Es ist das Dreiklassenwahlrecht von einer hohen Stelle aus einmal als das elendeste aller Wahlssysteme bezeichnet worden. (Lachen rechts.) Das hat Fürst Bismarck gesagt. Herr Hammer, Sie sehen, Sie sind etwas voreilig mit dem Lachen. Da wir also den dringenden Wunsch haben, daß das Dreiklassenwahlrecht so schnell wie möglich beseitigt wird, können wir unmöglich über eine solche Petition zur Tagesordnung übergehen. Wir beantragen daher, sie der Regierung als Material zu überweisen. Wir würden auch für den Antrag auf Berücksichtigung stimmen können, wenn nicht in der Petition eine Frage enthalten wäre, die, wie uns scheint, die Erreichung dessen, was wir erstreben, zunächst erschwert, nämlich die Frage des Frauenstimmrechts, das wir für abschließbare Zeit nicht für erreichbar halten. Wir bitten Sie aber dringend, jedenfalls unserem Antrag, die Petition als Material zu überweisen, zuzustimmen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Lehmann (natl.): Wir haben Bedenken gegen die Übertragung des Reichswahlrechts auf Preußen. Sprechen uns aber doch auch bei dieser Gelegenheit für eine Reform des heutigen Wahlrechts aus.

Abg. Dr. Liebmacht (Soz.): Das Dreiklassenwahlrecht ist eingeführt durch einen

Hochverrat von oben.

(Lärm rechts.) Sie von der Rechten treten das Christentum mit Füßen. (Anhaltender Lärm rechts. — Vizepräsident Dr. Borsch bittet, solche Vorwürfe zu unterlassen.) Die Rechte treibt ein triviales Spiel, wenn sie Finanzreform und Wahlrechtsfrage miteinander verquilt. Wir wollen, um ein Wort Friedrich Wilhelms I. zu variieren, die Souveränität des Volkes stabilisieren wie einen Rocher de bronze. Wir verlangen Überweisung der Petition zur Berücksichtigung.

Abg. Frhr. v. Hedlich (freisinn.): Die einzig richtige Antwort auf diese Rede ist der Übergang zur Tagesordnung über die Petition.

Die Besprechung schließt. — Der Berichterstatter Dr. Wagner (freisinn.) bemerkt im Schlußwort, der Verein für Frauenstimmrecht sollte Liebmacht zu seinem Schutzpatron machen. (Große Heiterkeit.)

In der Abstimmung wird die Petition durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Eine Petition des Herrn v. Deutsch-Traubenberg-Berlin wegen Einführung eines neuen Wahlsystems beantragt die Kommission als Material zu überweisen.

Berichterstatter Dr. Wagner erläutert das vorgeschlagene System, das eine Parteilwahl und ein Vuralkstimmensystem empfiehlt, vermöge dessen unter Umständen ein Wähler 18 Stimmen abgeben kann. Das System sei gut durchdacht.

Abg. Dr. Liebmacht (Soz.) bezeichnet das System als groteske Ausgeburt einer mittelalterlichen Phantasie. Werfen Sie das Scheusal in die Wolfskucht.

Die Petition wird als Material überwiesen; ebenso zwei Petitionen, die sich gegen die Schundliteratur und die Veröffentlichung unzüchtiger Bilder wenden.

Das Haus vertagt sich dann auf Freitag 11 Uhr: Schlußberatung mit vom Herrenhaus abgeändertem Gesetzentwurf, betreffend die Haftpflicht des Staates für Amtspflichtverletzung der Beamten; kleinere Vorlagen; Petitionen. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Herrenhaus.

Nach Annahme der Stillschweigen-Vorlage wird ohne wesentliche Debatte der aus Anlaß eines Antrages des Abg. Dr. v. Bohna vom Abgeordnetenhaus angenommene Gesetzentwurf, betreffend den Grunderwerb am Rhein-Weserkanal und am Großschiffahrtsweg Verlin-Stettin, der den Zweck hat, einer ungehinderten Vobenspekulation an den Kanalartern entgegenzuwirken, unverändert angenommen.

Bei der Beratung der Denkschrift über die Ausführung des Anstiedelungsgesetzes im Jahre 1908 weist Oberbürgermeister Strudmann darauf hin, wie vortrefflich das Anstiedelungswerk sich entwickelt hat. Es fehlt nur noch an deutschen Arbeitern für die Bewirtschaftung des Großgrundbesitzes im Osten. Deshalb muß die Regierung ihre Aufgabe vor allem darin suchen, die deutsche Bevölkerung im Osten zu vermehren. Dann werden sich auch deutsche Landarbeiter finden, und der Osten wird wieder eine deutsche Burg werden. (Beifall.)

Oberbürgermeister Knoblauch-Bromberg schließt sich diesen Ausführungen auf Grund einer 19jährigen Erfahrung im Osten an.

Die Denkschrift wird durch Kenntnisnahme erledigt, ebenso eine Anzahl von Petitionen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Das Haus vertagt sich auf Freitag 11 1/2 Uhr: Stempelsteuergesetz; kleinere Vorlagen; Rechnungssachen. — Schluß 3 Uhr.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser empfing gestern nachmittags in Kiel an Bord der „Hohenzollern“ die Marine-Attache von Frankreich, Nordamerica, Rußland und England. Abends besuchte der Kaiser die Marineakademie.

* Zentrum-Waffen. In dem Kampf des Zentrums gegen den Fürsten Bülow bedeutet den jäherzester: Geld auf dem ultramontanen Parteischilde die frivole Zerklei durch die Wien, die dem Kanzler in einem ungehener gespannten Moment der auswärtigen Lage mangelnde Bündnistreue vorwarf. Eine derartige an Hochverraterei grenzende Aktion, so schreibt die „Tägl. Rundsch.“, hat kaum ein sozialdemokratisches Gegenstück. Wenn Herr Spahn die Verantwortung für diese Treibereien von dem Zentrum abzuwälzen suchte, so konnte ihm das durch eine nachträgliche Desavouierung der schuldigen Blätter nicht gelingen. Um so weniger, als der Unfug in dieser Stunde noch andauert, trotzdem die ultramontane Presse doch sonst gut Disziplin halten kann, wenn die Parteileitung es ernstlich von ihr verlangt. Die „Augsburger Postzeitung“ z. B., das führende Blatt des bayerischen Zentrums, bleibt auch in ihrer Samstag-Nummer vom 19. Juni dabei, den deutschen Reichskanzler im Sinne der „Germania“-Artikel zu verdächtigen. Das Blatt schreibt: „Es bleibe die Tatsache bestehen, daß Österreich die Ruhe im Orient um eine halbe Milliarde Kronen billiger bekommen hätte, wenn Bülow und seine offiziöse Presse im Oktober und November vorigen Jahres mit derselben Entschiedenheit und dem kräftigen Hinweise auf das deutsche Heer sich an die Seite Österreichs gestellt hätte, wie dies im Frühjahr erst geschah.“ Was sagt Herr Spahn dazu?

* Denkmalenthüllung für den verstorbenen Großherzog von Sachsen-Weimar. Unter feierlichem Gebränge wurde in Eisenach das Denkmal für den verstorbenen Großherzog Karl Alexander, der die Wartburg wiederherstellen ließ, enthüllt. Anwesend waren der Großherzog von Sachsen-Weimar, die Prinzessin Marie von Reuß nebst Kindern. Die Weiherede hielt der Kommandant der Wartburg v. Cranach.

* Das „unbeantwortete“ Kaisertelegramm. Die „Rhein-Westf. Ztg.“ glaubte, wie wir erwähnten, darauf aufmerksam machen zu sollen, daß der in Antwerpen erscheinende „Matin“ „bestätigt“, bisher sei auf das Glückwunschtelegramm des deutschen Kaisers an sein englisches Regiment Royal Dragoons von London aus noch keine Antwort erfolgt. Tatsächlich hat, wie die „Tägl. Rundsch.“ feststellt, der Oberst der Royal Dragoons sich gegen die betreffende Unterstellung sogleich nach dem 11. Juni in einem Schreiben an die „Daily Mail“ ausdrücklich verwahrt.

* Die Verabschiedung des Regierungspräsidenten von Schleswig. Der aus dem Joll Schüding bekannte Regierungspräsident Dolega Kozierowski ist am Montag von Schleswig nach Lübeck übergesiedelt, mithin verabschiedet worden.

* Der Hanjabund. Der Verband süddeutscher Industriellen in Mannheim hat seine sämtlichen Mitglieder durch Rundschreiben aufgefordert, dem am 12. Juni d. J. in Berlin gegründeten Hanjabund beizutreten.

* Graf Zeppelin und der Hanjabund. Daß auch Graf Zeppelin zum Anschluß an den Hanjabund auffordert, ist der „Deutschen Tageszeitung“ bei der Popularität des Mannes legereiflicherweise höchst fatal. Sie hält ihm daher — vorläufig noch in wohlwollenden Formen — Vorlesungen über politischen Anstand, wofür sie ja nach eigener Überzeugung besonders sachverständig ist. „Graf Zeppelin“, so schreibt sie, „wird selber sicher einverstanden sein, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß die besondere Stellung, die er gleichsam der deutschen Nation gegenüber einnimmt, es für ihn nicht erwünscht erscheinen läßt, überhaupt an den Parteikämpfen im Deutschen Reich, namentlich in einer so zugespitzten Lage, teilzunehmen. Wir können darum die Vermutung nicht unterdrücken, daß man den Grafen Zeppelin über die Bestrebungen und die augenblickliche Bedeutung des Hanjabundes nicht ganz zutreffend unterrichtet habe.“ Fehlt nur noch, daß ihm zu besserer Informierung ein Akomement auf die „Deutsche Tageszeitung“ empfohlen wird.

Parlamentarisches.

Die Finanzkommission des Reichstags verhandelte gestern nach der schon gemeldeten Annahme des erhöhten Effektenstempels über weitere Anträge Gamp, betr. den Umsatztempel, der in der Regierungsvorlage nicht enthalten ist. Diese Anträge werden sämtlich angenommen mit Ausnahme des Antrags auf Erhöhung des Umsatztempels auf 1/10 auf 2 pro Mille. Beschlossen wird ein Umsatztempel auf Reichs- und Staatsanleihen in Höhe von 2/10 pro Mille (im Jahre 1906 wurde der damals geltende Stempel von 1/10 pro Mille aufgehoben); die Erhöhung des Stempels auf ausländische Anleihen und Obligationen von 2/10 auf 3/10 pro Mille; des Stempels auf sonstige Wertpapiere von 2/10 auf 4/10 pro Mille und auf ausländische Banknoten usw. von 2/10 auf 3/10 pro Mille. Die Regierungsvertreter sprachen sich gegen die vorgeschlagene Erhöhung aus. Bei dem starken Anleihebedarf des Reiches und Preußens müsse alles getan werden, den Markt zur Aufnahme dieser Werte zu veranlassen. Abg. Singer (Soz.) sprach gegen, Abg. Müller-Fulda (Zentr.) für die Anträge Gamp. Abg. Freiherr v. Gamp sagte seinen Antrag als Brücke für die Verständigung mit der Linken bezüglich der Rotierungssteuer auf, da die hohen Sätze nicht nebeneinander bestehen bleiben könnten. Abg. Götthel (freif. Ver.) erklärte, daß seine Freunde den Anträgen nicht zustimmen könnten. Die großen Übernahme-konjontien hätten keine großen Geschäfte gemacht. Bringe man hier einen Reichstempel hinein, so

würden diesen Banken die Geschäfte noch mehr erschwert. Ebenso liege es bei den Kommunalanleihen. Es müßten sehr oft Rückläufe gemacht werden, um die Kurse zu halten. Aber dies sei die finanzielle Wirkung des Stempelgesetzes zweifelhaft. — Da die Fraktionen der Rechten Fraktionsführungen abhalten wollten, vertagte sich die Kommission auf Freitag. Vom Zentrum liegt ein Antrag auf Erhöhung des Automobilstempels vor.

nn. Der Schleswig-holsteinische Zweigkanal. Die Reichs-Lagskommission zur Prüfung des Planes einer aus privaten Mitteln zu schaffenden Kanalverbindung der Ederförder Bucht und eventuell der Schlei mit dem Kaiser-Wilhelm-Kanal unter Abschluß einer Tarifgemeinschaft zwischen der Pangaesellschaft und dem Reich, die im vorigen Jahr auf Antrag der Schleswig-holsteinischen Abgeordneten zusammengetreten war, hat gestern durch den Abg. Spechtmann (freif. Vpt.) einen Nachtragsbericht erstattet als Ergebnis einer Informationsreise zur Besichtigung des für den Zweigkanal in Betracht kommenden Gewässers und zur Orientierung über die wirtschaftlichen und maritimen Verhältnisse der Stadt Ederförde. Im Bericht heißt es, es wurde rückhaltlos von allen Teilnehmern an der Informationsreise anerkannt, daß es geradezu wunderbar erscheine, daß die Kaiserliche Marine sich einen derartig idealen, geräumigen und sicheren Hafen wie den Ederförder bisher nicht nutzbar gemacht habe. Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß nicht der schleswiger Schleifen in Betracht komme, sondern die Kanalprojekte des Herrn Petersen realisiert werden sollten. Größere Geldinstitute haben sich bereits zur Finanzierung des Projekts bereit erklärt.

Deutsche Kolonien.

Entdeckung neuer Diamantfelder. Nach Berichten aus Sindhoeel wurden bei der Spencer-Vai auf bisher noch freiem Schürfgelände neue Diamantfelder entdeckt. Aber ihren Umfang und Reichtum ist noch nichts Zuverlässiges bekannt.

Ausland.

Osterreich-Ungarn.

Steuerfragen auch in Osterreich.

Im weiteren Verlaufe der Budgetdebatte des österreichischen Abgeordnetenhauses wies Finanzminister v. Mikulski auf die Konsequenzen hin, die eine Verschiebung der Beratung des Finanzplanes auf den Herbst insbesondere für die Landtage haben würde, weil die Landtagsbeschlüsse denen des Reichsrats vorzugehen würden. Der Minister gab eingehende Aufklärung über die Verhandlungen, die mit den Rohölproduzenten gepflogen wurden, um die Abschlässe eines schädlichen Vertrages mit den Amerikanern abzuhalten, und kündigte für heute eine Vorlage an, durch welche es der Regierung ermöglicht werden soll, Rohölkonzessionen zu bauen, deren Betrieb gemeinwirtschaftlichen Korporationen übertragen werden soll. Der Minister wandte sich sodann gegen den Vorwurf, daß er Osterreichs Großmachtstellung auf Schnaps und Bier stellen wolle und meinte, dies wäre gar nichts Schlechtes. Auch in Deutschland — und die Großmachtstellung Deutschlands sei etwas in Europa — werde die Bier- und Branntweinsteuer erhöht. Es wäre also kein Unglück für Osterreich, wenn es seine Großmachtstellung auf die genannten zwei Steuern aufbauen wolle. Auf einen Zwischenruf des sozialistischen Abgeordneten Seliger, „mit Deutschland sollten wir uns nicht vergleichen“, bemerkte der Minister, daß tue er ja gar nicht, weil seine Vorlage über die Bier- und Branntweinsteuer sich auf die Landesfinanzen und nicht auf die Reichsfinanzen beziehe. Er wolle also nicht etwa die Großmachtstellung Osterreichs, sondern die finanzielle Lage des Landes auf diesen beiden Steuern aufbauen.

Eine „solenne Ohrfeige“.

Im Abgeordnetenhause bellagte sich im weiteren Verlaufe der Budgetdebatte Abgeordneter Maffl über die Verdrängung der deutschen Elemente aus den südlichen Alpenländern und dem Küstenland durch die Slovenen und griff den Slovenen Hribar wegen einer Interpellation an, in welcher den deutschen Professoren eine Begünstigung der deutschen Studenten vorgeworfen wird. Für alle diese „Gannergelen und Lumpereien“ gebühre Hribar eine solenne Ohrfeige. (Stürmische Protestrufe bei den Slovenen; Maffl ruft Hribar ein großes Schimpfwort zu, was der Slovene Benfowicz ebenso erwiderte. Anhaltender Lärm.) Maffl erhält einen Ordnungsruf. Die Sitzung wurde soham nach 12stündiger Dauer geschlossen.

Der König von Portugal auf Freierrückeln.

König Manuel von Portugal wird im Laufe des Sommers nach Sibirien kommen, um Kaiser Franz Joseph einen Besuch abzustatten. Er wird um die Hand der ältesten Enkelin des Kaisers, der Erzherzogin Elisabeth Franziska, Tochter der Erzherzogin Marie Valerie, anhalten. Die Erzherzogin Elisabeth Franziska ist siebzehn Jahre alt.

Italien.

Die Deputiertenkammer nahm gestern in geheimer Abstimmung das Budget des Ministeriums des Auswärtigen mit 207 gegen 64 Stimmen an.

Der 50. Jahrestag der Schlacht von Solferino wurde in San Martino feierlich begangen. Zu den Feierlichkeiten erschienen der König, die Königin, der Kriegsminister Spingardi, der französische Vizekonsul Berrere mit einer französischen militärischen Abordnung, der österreichisch-ungarische Generalkonsul in Venedig Frhr. Baum v. Wpeltzlofen als Vertreter seiner Regierung, Abordnungen des Parlaments und aller Truppenteile, die an der Schlacht teilgenommen haben, viele Veteranen usw.

Frankreich.

In dem gestern abgehaltenen Ministerrat wurde beschlossen, daß sich Marineminister Picard abends nach Marseille begeben soll, um dort für eine Beilegung des Anstandes der eingeschriebenen Seeleute durch einen Schiedspruch zu wirken.

England.

Die Kretafrage im Unterhaus.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Ed. Grey, auf verschiedene Anfragen über die Lage auf Kreta, die Schutzmächte beabsichtigten, ihre Truppen am 27. Juli zurückzuziehen. Die vier Mächte würden zusammen vorgehen und hätten sich entschlossen, Stationschiffe in den kretischen Gewässern zu unterhalten. Einzelheiten seien aber noch nicht festgestellt. Auf die weitere Anfrage des Abgeordneten Gray (Lond.), ob jede der vier Mächte ein Kriegsschiff in den kretischen Gewässern unterhalten werde, wiederholte der Staatssekretär, er könne nicht sagen, wie sich das Abkommen im einzelnen gestalten werde, bis es tatsächlich abgeschlossen sei; aber die vier Mächte würden die zur Aufrechterhaltung des Status quo erforderlichen Schritte übereinstimmend tun.

Marokko.

Zwischen den Leuten des Roghi und der Mahalla des Sultans unter dem Befehl Said Begdadis fand 15 Kilometer südlich von Fez ein Kampf statt, wobei die Leute Roghis zurückgeworfen wurden. Der Sieg der Sultanstruppen wurde in Fez mit allgemeinem Jubel begrüßt.

Persien.

Der Schah hat gestern das neue Wahlgesetz nicht unterzeichnet.

Luftschiffe und Aeroplane.

Die Überführung des „Zeppelin 1“ nach Mex. In Mex erwarbte man die Ankunft des „Zeppelin 1“ bestimmt für heute, Freitag. Die normale Zeitdauer der Fahrt von Friedrichshafen nach Mex wird auf 12 Stunden geschätzt. Die zur Aufnahme des Luftschiffes bestimmte Halle auf dem Militärlübungsplatz Preskay ist nunmehr vollständig fertiggestellt. Sie hat eine Länge von 50 Meter, ist 50 Meter breit und 31 Meter hoch. In der Halle sollen außer dem „Zeppelin 1“ noch das Parisevalschiff und das Großschiff Luftschiff Platz finden. Zur Herstellung des Baues sind über 1000 Tonnen Eisen zur Verwendung gekommen. Die Kosten belaufen sich auf zirka 1 1/4 Millionen Mark. — Die Absicht, das Reichsluftschiff „Zeppelin 1“ schon gestern abend nach Mex zu überführen, mußte wegen des herrschenden Sturmes aufgegeben werden. — Das Reichsluftschiff „Zeppelin 1“ befindet sich zur Ausfahrt bereit in der Halle. Alle Vorbereitungen sind getroffen. Die Überführung nach Mex war für gestern vorgezogen. In den oberen Luftschichten herrschte aber ein starker Sturm, dem der Luftkruzer nicht gewachsen war. Die Abfahrt kann daher vor heute abend nicht erfolgen.

Der Aeroplan des Majors Pariseval. Pariseval konstruiert einen Eindeckgleitflieger im Gegenjag zu dem Wrights, dessen Konstruktion ein Doppeldeckgleitflieger ist.

hd. Paris, 25. Juni. Seit einer Woche kampiert das lenkbare Luftschiff Lebaudy's auf dem Militärfelde von Sartory, wo es verankert ist. Das Luftschiff hat bisher vortrefflich den Witterungsschwankungen widerstanden. Es wird geplant, die lenkbaren Luftschiffe in allen möglichen Lagen landen zu lassen, um ihre Widerstandsfähigkeit gegen Witterungseinflüsse und Temperaturschwankungen zu erproben. Der Kriegsminister legt sein lebhaftes Interesse für diese Versuche an den Tag und läßt sich genauen Bericht erstatten.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbaden, 25. Juni.

Ausstellung Wiesbaden 1909.

XXXL

Der große Moment.

Das längst erwartete Ereignis ist endlich eingetroffen. Bereits am Sonntag hatte man sich darauf gefaßt gemacht. Doch wie im Leben im allgemeinen und bei unserer Ausstellung im besonderen alles anders kommt, so hatte man auch diesmal vergebens auf den Eintritt des bedeutungsvollen Augenblicks, der einen nicht unwichtigen Abschnitt in der Geschichte der Ausstellung bilden sollte. Aber man war dessen bewußt, daß noch diese Woche den bedeutsamen Akt erleben würde, und am Mittwoch kündigte das amtliche Organ, die „Ausstellungszeitung“, seinen Eintritt für den gestrigen Donnerstag an.

Beinahe wäre es mit der Prophezeiung gegangen wie mit allen Voraussagen: sie hätte sich nicht erfüllt. Jupiter Pluvius, der seit einigen Tagen mit der Ausstellung auf dem Kriegsfuß steht, griffte ihr auch gestern wieder, und damit schien sich das „freundliche Ereignis“ noch um einen Tag zu verschieben. Aber nein, diese Enttäuschung sollte der Ausstellungsleitung doch erspart bleiben, denn gegen Abend mehrte sich die Besucherzahl und immer näher rückte der Augenblick, da . . .

7.25 Uhr war es, als ein Ehepaar der Klasse zuschritt, bei der eine Deputation in feierlicher Erwartung stand. Alle starrten gespanntes Blickes auf den Mann, der mit einer gewissen Erregung seines Amtes walte. Jetzt trat das Ehepaar an den Schalter und in diesem Augenblick gab der Beamte einen Wink, während er der Dame die Einlasskarte ausshändigte. Kaum hatte diese sie zur Hand genommen, als plötzlich ein Herr auf sie zusprang, nach Namen und Stand fragte, die überraschte unter den Arm nahm und durch das Tor führte, gefolgt von dem feierlichen Zuge der Deputationsmitglieder.

Die also Überfallene war ganz entsetzt vor Schreck, und ihr Gatte, der wahrscheinlich eine räuberische Entführung seiner Ehehelferin vermutete, hatte nicht übel Lust, sich auf deren Nachbar zu stürzen. Glücklicherweise konnte eine

Katastrophe verhindert und ihm gesagt werden, daß der vermeintliche Don Juan niemand anderes als der Ausstellungsdirektor Lege wäre und daß Aber nein, soweit kam man ja gar nicht mit den Erklärungen, denn inzwischen hatte die Deputation das Portal durchschritten und ehe die fassungslose Besucherin ein Wort hören lassen konnte, sah sie sich von einem Kranz erwartungsreicher Menschen umringt. Die Musikpelle blies Tusch: Tschingbarabumbääähhh!! Darauf trat ein langbebariteter Herr hervor, Schneider, der Ausstellungspräsident, und hielt in wohlgeleiteten Worten eine feierliche Ansprache, aus der die noch immer ganz verblüffte Dame erntete, daß sie, Frau Clara Tillmann aus Köln, Gattin eines wohlgeachteten Privatsekretärs, die 500 000ste Besucherin der Ausstellung wäre und daß ihr aus diesem Anlaß nicht nur diese feierliche Begrüßung zuteil geworden sei, sondern daß ihr auch noch ein Andenken überreicht werden würde. Und dann formte sich ein Zug, voran die Musik, und im fröhlichen Taktschritt ging es nach der Hauptgewerbehalle, wo der 500 000ste Besucherin am Rühnschen Verkaufsstande eine elegante silberne Damenuhr überreicht wurde. Im Hauptrestaurant wurde das wichtige Ereignis darauf bei einem solennen Souper auf Kosten der Ausstellungsleitung gefeiert.

Wso die halbe Million Besucher wäre da. Diese Zahl ist erheblich später erreicht worden, als ursprünglich angenommen wurde, immerhin bewegt sich der Besuch in erfreulichen Grenzen. In den letzten Tagen zwar hatte er nachgelassen, doch ist dieser Abstand auf die Ungunst des Wetters zurückzuführen. Tag um Tag Regen, verbunden mit einer sehr erheblichen Abkühlung der Temperatur — wer soll dabei Reue haben, die Ausstellung aufzusuchen? Die Zurückhaltung des Publikums ist verständlich, wiewohl kein Anlaß dazu vorliegt, denn selbst bei ungemäßigtem Wetter sind die verschiedenen Lokale ein angenehmer Aufenthalt, wenn der Rundgang durch die regenreichen Hallen beendet ist. Es scheint, als ob bei dem Publikum nicht das Interesse an der Ausstellung vorhanden ist, das eigentlich hätte erwartet werden dürfen. Im Hinblick auf die Mühe, die die Veranstalter hatten, und die Bedeutung dieser Ausstellung für das heimische Handwerk und Gewerbe wäre jede Gleichgültigkeit nicht nur bedauerlich, sondern eine kurzsichtige Verkennung ganz wichtiger sozialer und wirtschaftlicher Faktoren.

Es kann nur immer wiederholt werden, daß die Ausstellung in jeder Weise des Behrreichen und Sehenswerten soviel bietet wie noch niemals eine ähnliche Veranstaltung in einer Stadt von der Größe Wiesbadens. Sie ist eine umfassende Darstellung des nassauischen Handwerks, des nassauischen Gewerbes, unserer heimischen Kunst und des Gartenbaues und aller verwandten, in das heimische Gewerbeleben hinein spielenden Industrien; sie kennt keine engherzige, lokale Beschränkung, sondern ist unter einem weitstehenden Gesichtswinkel angelegt. Wer nur irgend ein bißchen Heimatgefühl im Herzen trägt, muß diese Revue des nassauischen Handwerks und Gewerbes fördern und unterstützen. Und wer an der Schau stellung heimischen Gewerbes teilhaben will, der hat kein tieferes Interesse haben sollte, den müßte der Vergnügungspark mit seinen erstklassigen wissenschaftlichen und unterhaltenden Attraktionen locken.

Das Meerarium hat Donnerstag wieder durch New eingänge von Rovigno eine ergänzende Neubesetzung erfahren, wodurch sein Bestand um eine große Zahl der aller seltensten Tiefsee-Kleintiere vermehrt worden ist. Weichschnecken, Seepenselkrebse, Fische, Sabelken usw. usw. sind in den letzten Tagen eingetroffen und machen den wiederholten Besuch auch für den häufigen Gast interessant. Im Senegalestad gibt es Samstag ein großes Fest. Der Geburtsfest des Hauptlings wird gefeiert, aus welchem Anlaß neben der Beleuchtung des ganzen Vergnügungsparkes ein Regerefest größten Stiles stattfindet. In Oberbayern, wo seit Tagen schon mit Erfolg das urtomische Duo Paumer und Sohn austritt, ist täglich Schlachtfest, das Lomboldtheater bringt am Samstag mit neuem Programm einen sensationellen Farbenfilm „Frühling“, im Ausstellungscafe erfreuen sich die Künstlerkonzerte einer wachsenden Beliebtheit, im Hauptrestaurant war in dieser Woche Ball, der wiederholt werden wird, täglich sind zwei Militärkonzerte neben den sonstigen Veranstaltungen der Ausstellungsleitung. Angesichts dieser Fülle verschiedenartiger Genüsse kann sich doch kaum jemand beklagen, daß die Ausstellung nicht abwechslungsreiche Unterhaltung bietet. Vielleicht könnte an großen Festlichkeiten und ähnlichen Veranstaltungen mehr getan werden, um Massenbesuch heranzuziehen — aber in dieser Hinsicht ist eine Wandlung zum Besseren vorbereitet worden mit der Anstellung des Herrn Gehl. Natürlich wird der Erfolg seiner Tätigkeit sehr von den Mitteln abhängen, die ihm zur Verfügung gestellt werden. Damit soll es etwas hapern. Die Herren vom Finanzanschuß sollen sich wenig zugänglich zeigen. Sparsamkeit ist im allgemeinen eine löbliche Tugend, aber sie kann auch falsch angewendet werden. Die Herren werden sich dieser Binsenweisheit bewußt sein und das Geld da nicht ängstlich imbeutel halten, wo es besser mit reichlich vollen Händen weggegeben werden sollte. Von ihrer Unternehmungslust wird es abhängen, ob man in sechs Wochen den millionsten Besucher mit Musik und Hurra empfangen können.

Defizit bei der Kurverwaltung.

Allerhand Gerüchte schwirren in der Stadt umher von einem Mißverhältnis, mit welchem die Kurverwaltung schon jetzt, nachdem die Sommeraison kaum begonnen, zu rechnen habe. Eingeweihtere wollen zwar wissen, daß in dieser Summe auch die Mehrbeträge einbezogen seien, welche dem Kurhaushalt von seiten des Theaters, des „Bauhauschloßens“ u. a. ausgebüdet wurden, und welche den Betrag von 100 000 M. etwas überschreiten sollen. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß ohnedies die Kurverwaltung einen hohen Fehlbetrag zu verzeichnen hat, denn daß ein solcher Fehlbetrag vorhanden ist, wird auch von seiten der Beteiligten gar nicht geleugnet. Das bedenkliche Minus fordert zu einer Kritik und Verfolgung der ursächlichen Momente heraus. Bei der Finanzlage der Stadt und den stetig wachsenden Ansprüchen an den Geldbeutel der Bürger scheint es nun dringend erforderlich, einem weiteren Anwachsen dieses Defizits beizutreten.

ubengen.
haus für d
schifter v
man sich
liche Verbl
haltungen
besteht ge
betenen G
des anfäng
gang fand,
gelan. So
schellen Fo
Kurhausfac
erschaulich
— es wa
solche V
haben, we
das Natu
berdenslich
begleitet w
den künstl
ind; wenn
behaupten,
mit einem
belastet h
Anliche si
Anzahl von
nel geschm
große Anzi
und die b
Stelle etwa
Wogenheit
Emarras
front zu n
schlige lau
den Ausg
kelt, und v
das soll w
des vorkan
der statige
unter Ab
im kleinen
hoch selbst
Berfolg illu
Veranstaltu
werden in
massenhaft
kelt, daß si
Ein weitere
welches für
kommt, ist
eine erhebli
hauptet, da
wurden als
eine bedeut
er Rückgan
weist zur
Lagekarte
riff war,
In der Lan
ung in B
schen Mag
ziehung ein
kati“ wird
ber, da da
Aufnahme r
mehrere He
den frühere
stimmigen
Vertrag als
meinung m
kelt, daß j
werden muß
verkauften
werden soll
ung in tet
mens unfe
In der Frei
Sonntag wi
weifes z
diese Erma
kelt wird
ktion in
ziehung ge
kelt; man
toren kurz
bessere Ein
haben, daß
schwere
gehende Ei
Defizit eine
ausgaben v
in chronisch
weiben, als
die zurückz
mit einem
kaffen.

der 800 hier liegenden deutschen Soldaten aus den Jahren 1870/71. Beide Denkmäler erhalten ebenfalls Denkmäler, die mit dem französischen Grabdenkmal einen Ehrenhof auf dem hiesigen Friedhof bilden sollen.

wb. Kreuznach a. d. R., 25. Juni. Unter dem Verdacht, der 101 aufgefundene Wägen der Steinflapier Fabrik P. & S. in Kreuznach und seiner Verhaftung von 11 M. beraubt zu haben, wurde heute abend der Gelegenheitsarbeiter Ernst Klose verhaftet, der in verdächtiger Situation an der Poststelle, einem Gerichtenfeld, beobachtet wurde. Er dürfte noch zwei Mitschuldige haben. Die Körper haben ihr Opfer erst nach furchtbarem Kampfe überwältigt.

ss. Weimar, 24. Juni. In mehreren öffentlichen Volksversammlungen im Wahlkreis Weimar-Altenkirchen, die von freimüthiger Seite einberufen waren und die durchweg einen guten Besuch aufwiesen, wurde eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, ihrerseits an dem abgeordneten Versprechen, nur einer Reichsfinanzreform zuzustimmen, die eine ausreichende Besteuerung des Vermögens enthalte, festzuhalten. Den liberalen Abgeordneten empfahlen die Anwesenden, die erreichte äußerste Grenze der Nachgiebigkeit nicht zu überschreiten, sondern der Verantwortung für die jetzige Art der Gesetzesmacherei, durch die Mittelstand und Arbeiterklasse ganz empfindlich geschädigt werden, dem Reichstagskonkretiven Votum zu überlassen.

* Mainz, 25. Juni. Rheinpegel: 1 m 9 cm gegen 1 m 8 cm am gestrigen Vormittag.

Gerichtssaal.

Das Bild des hl. Antonius.

Der Familie S.-G. in Schierstein hing zu Ende des vorigen Jahres der Himmel voller Geigen. Man hatte ein Patent erworben auf ein von einer Person zu bedienendes Ruderboot, welches ohne Steuer mit Leichtigkeit rückwärts und seitwärts gelenkt werden konnte, und für das Kaufangebote in Höhe von 350 000 resp. 500 000 M. bereits vorlagen, ferner glaubte man an einer Erbschaft in Brüssel partizipieren zu können, man hatte ein „Bergwerk“ in Rubenheim, und zum Überflus besaß man auch noch ein Anwesen in Hochheim. Diese so glänzende Zukunft verhinderte allerdings nicht, daß die Gegenwart eine herzlich präkäre war. Flüssige Mittel besaß man absolut nicht, weder zum Lebensunterhalt, noch um die vielen Auslagen, die man zur Förderung der Patent- und Erbschaftsangelegenheit zu machen hatte, zu bestreiten. Man hatte Bargeld nötig, alle Bemühungen aber, sich solches zu verschaffen, waren ohne Erfolg, bis ein Lehrer in Mainz sie mit einem Kaufmann dortselbst in Verbindung brachte. Dabei soll dem Frau S. die Formne in etwas auffälliger Weise markiert haben. Der Kaufmann nämlich hatte in seinem Bureau ein Bild des heiligen Antonius hängen. Als die Dame dieses Bildes ansichtig wurde, da brach sie gleich in die Worte aus: „Hier wird mir geholfen, das weiß ich ganz bestimmt, denn jemand, der ein solches Bild im Hause hat, der kann niemand seine Hilfe verweigern; ich gehe jetzt gleich in die Kirche und bete zum heiligen Antonius, daß er für Herz erweichen möge.“ Der Kaufmann war durch diese vertrauende Frömmigkeit denn auch gerührt. Er sagte der Frau anfänglich ein Darlehen von 500 M. zu, gab ihr aber nach und nach etwa 1500 M., bis er endlich die Gebuld verlor. Er ist nämlich der Ansicht, daß das von ihm hergegebene Geld durchweg nicht zu den Zwecken verwendet worden ist, zu dem es verlangt wurde, und endlich bildete sich in ihm die Überzeugung, einem Schwindel zum Opfer gefallen zu sein. Besonders das religiöse Empfinden, das die Frau so ostentativ zur Schau getragen habe, habe ihn, so erzählt er, nur vertrauensselig machen sollen, und auch die Angaben bezüglich des Patentens usw. entsprächen nicht den Tatsachen. Als er eines Tages hörte, daß seine Schuldnereine jemand erklärt habe, noch eine Forderung von 3000 M. an ihn zu haben, da übermannte ihn der Zorn. Er gab zunächst ein Inserat in die „Schiersteiner Zeitung“, worin er die Behauptung, an S. noch einen Betrag zu verschulden, als unwahr bezeichnete und das Publikum vor Betrügereien warnte wie die, deren Opfer er geworden. Dann schrieb er einen Brief, worin er davon sprach, daß man die Religion mißbraucht habe zum Deckmantel für unrechtfertigere Handlungen. Auf Grund des Inserates ist neben dem Kaufmann Ph. J. B. in Mainz der Verleger und verantwortliche Redakteur der „Schiersteiner Zeitung“ wegen öffentlicher Beleidigung belangt worden, auf Grund des Briefes K. allein wegen nichtöffentlicher Beleidigung. Dieser Tage standen beide vor dem Wiesbadener Schöffengericht und wurden dort zu je zwanzig Mark Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigte erhielt des weitern Publikationsbefugnis.

Mordversuch.

wb. Landsberg, 24. Juni. Der Händler Gaal aus Soltau wurde wegen versuchten Mordes an der Ehefrau Wegener in Rosenthal vom Schwurgericht zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er hatte die Frau mit Hammer schlägen auf den Kopf zu töten versucht, weil er durch sie früher eine Gefängnisstrafe erhalten und seine Familie den Brotwerb verloren hatte.

Ein Todesurteil.

wb. Magdeburg, 25. Juni. Das Schwurgericht verurteilte den Materialwarenhändler Theuerkauf zum Tode, weil er am dritten Weihnachtstage seine Wohnung anzündete, so daß seine Frau und Kind erstickten und anstolften.

Sport.

Kieler Regatta.

wb. Kiel, 24. Juni. (Resultat der heutigen Wettfahrt.) Sonderfahrt: 1. Boot „Tilly 10“, C. v. Krogmann; 2. „Sonderling“, Alfred O'Swald; 3. „Sechund 2“, Berghoff; 4. „Sevella“, O. Proben und Dr. Kadonius; 5. „Suttha“, N. Wagner; 6. „Tilly 12“, Rich. C. Krogmann; 7. „Mittelschiff 5“, Chr. Mt. Geseget wurde bei Schöneweerfahrt und bei einer Windgeschwindigkeit von 4 bis 5 Meter in der Sekunde. Der Kronprinz, Prinz Eitel Friedrich und Prinz Albert führten die Steuer ihrer Jachten selbst. Prinz Heinrich führte das Steuer von „Tilly 12“.

Fußball. Am vergangenen Sonntag verlor die 1. Mannschaft des Wiesbadener Fußballvereins in Bingen gegen die 1. Mannschaft des Binger Fußballklubs Germania (Technikum) mit 5:3. Eine statt internationale

Mannschaft erwartete die mit vier Erstgeleuten antretenden Wiesbadener. Sie bestand aus 7 Holländern, 3 Deutschen und 1 Indier. Wiesbaden hat Ansoh und das Spiel verlegte sich gleich in die Finger Halste, da Wiesbaden den Wind im Rücken hatte. Halbzeit 3:1 für Wiesbaden. Nach der Pause wandte sich aber das Blatt und Bingen war jetzt sehr im Vorteil, was sich auch in 4 weiteren Toren zeigte, während den Wiesbadenern kein Erfolg mehr vergönnt war. — Am kommenden Sonntag, den 27. Juni, wird dem Wiesbadener Sportpublikum wieder ein interessantes Treffen geboten. Die erste Mannschaft des Wiesbadener Fußballvereins tritt auf dem Sportplatz des Sportvereins Wiesbaden, E. R., an der Frankfurter Straße gegen die erste Mannschaft der „Vodenheimer Fußball-Vereinigung“ zum Wettspiel an. Das Spiel beginnt um 4 1/2 Uhr. — Das am vergangenen Sonntag, den 20. Juni, in Schierstein stattgefundene Wettspiel zwischen den beiden 1. Mannschaften des „Schüler-Sportklubs Wiesbaden“ und Fußballklubs Rheinisch-Schierstein“ endete mit 2:2 unentschieden. Stand bei Halbzeit 2:2.

Kleine Chronik.

Eine Eifersuchtstat. Der 18jährige Realschüler Starla erschoss gestern in dem Wiener Ausflugsorte Weidlingen das Dienstmädchen Rosa Binder aus Eifersucht. Bei seinem Verhör erklärte er, daß er sich seiner Tat freue.

Neue Erdstöße in Italien. In der gestrigen Nacht wurden in Süditalien nicht weniger als 15 heftige Erdstöße verspürt, die von gewaltigem unterirdischem Getöse begleitet waren. Auch in Reggio erfolgte ein starker Stoß. Die Bevölkerung floh entsetzt ins Freie, wo sie die Nacht zubrachte.

Raubanfall im Bäderquellzug. In dem Dresdener Bäderquellzug raubte ein Unbekannter dem Sanitätsrat Haupt aus Tharandt die Burschaft von 6000 Mark.

Lechte Nachrichten.

Deutschland und Amerika.

wb. Köln, 25. Juni. Der „Cölnischen Zeitung“ wird aus Washington telegraphiert: Der Präsident Taft und ebenso das Staatsdepartement erkennen an, daß nur das deutsche Entgegenkommen den amerikanischen Erfolg in der Angelegenheit der chinesischen Bahnanleihe ermöglicht habe und äußern ihre unverhohlene Befriedigung. Der Präsident empfing den deutschen Botschafter Grafen von Bernstorff in besonderer Audienz. Man glaubt, daß die deutsche Haltung die Handelsvertragsverhandlungen beeinflussen werde.

Streikrawall in Kiel.

wb. Kiel, 24. Juni. Von streikenden Arbeitern der städtischen Reinigungsanstalt wurden heute abend gegen 10 Uhr an mehreren Stellen der Stadt kleinere Trupps Arbeitswilliger überfallen. Diese machten zum Teil von Revolvern und anderen Waffen Gebrauch. Auf beiden Seiten kam es zu Verletzungen. Auch einige unbeteiligte Personen wurden verwundet. Die Schwerverletzten wurden in die Universitätsklinik verbracht.

Kiel, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Wie nunmehr festgestellt ist, wurden bei dem gestern abend erfolgten Überfall auf Arbeitswillige der städtischen Reinigungsanstalt acht Arbeitswillige verletzt, davon einige schwer. Von den Angreifern wurde bisher nur einer festgenommen. Ein junger Mann und eine Frau, die während der Zeit des Überfalls die Straße passierten, wurden ebenfalls durch Schüsse verletzt.

Zum Streik der französischen Seeleute.

wb. Paris, 25. Juni. Das Syndikat der Marsseiller Reeder hat sich bereit erklärt, sich der schiedsgerichtlichen Entscheidung des Marineministers zu unterwerfen, dabei aber zugleich den Wunsch ausgesprochen, daß diese Entscheidung sie vor weiteren ungerechten Forderungen und Streikdrohungen der eingeschriebenen Seeleute schütze. Ein Mitglied des Streikaußschusses der eingeschriebenen Seeleute äußerte sich einem Berichterstatter gegenüber, daß diese Erklärung ihn nicht befriedige, und daß die Verhandlungen zweifellos einen sehr mühseligen Verlauf nehmen werden.

wb. Paris, 25. Juni. Der „Matin“ veröffentlicht einen alarmierenden Bericht aus Algerien, nach welchem infolge des Ausstandes der Marsseiller Seeleute Landwirtschaft, Handel und Industrie Algeriens überaus schwere Verluste erlitten hätten und geradezu vom Ruin bedroht würden, wenn der Streik noch einige Zeit andauere. Die Ausfuhr von Erntingstrüchten, die sonst um diese Zeit Tausende von Tonnen betrage, sei völlig ins Stocken geraten. Rächens solle mit der Versendung der Weinproben begonnen werden; ferner ständen 50 000 Hammel zur Ausfuhr bereit. Wenn nicht in wenigen Tagen der regelmäßige Post- und Frachtdampferverkehr wiederhergestellt sei, so bedeute das für das ganze Land einen unermesslichen Schaden und große Zahlungseinstellungen seien unmittelbar bevorstehend.

Die Bedrohung von Fez.

hd. Tanger, 25. Juni. Nach den neuesten Nachrichten aus Fez wurden die von Fez aus gefohlenen Dörfer durch herumstreifende Gaiarna-Leute angezündet, die durch Sultanstruppen unter Saïd el Wagdadi unter Verlusten vertrieben wurden. Der Scherarda-Stamm machte mobil und erwartet den Feind an der östlichen Stammesgrenze. Sonst ist die Lage in der Hauptstadt unverändert.

Der Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große“.

Bremen, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die aus New York verbreitete Nachricht, daß der Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ einen Propeller verloren hat, ist unzutreffend. Der Dampfer verlor am Mittwoch nur einen Schraubenflügel und eine Steuerbordschraube. Das Vorkommnis ist völlig belanglos. Der Dampfer ist am Montag in Plymouth zu erwarten.

wb. Hannover, 24. Juni. Die Grasschaft Ravensburg beging heute die Feier ihrer 300jährigen Zugehörigkeit zu Preußen-Brandenburg. Aus diesem Anlaß wurde auf der Ravensburg eine Gedenktafel eingeweiht.

wb. Reutbad a. d. S., 25. Juni. Der Metzgermeister Weill in der Hauptstraße gilt heute morgen beim Fleischauslösen so unglücklich mit dem Messer aus, daß er sich

damit in den Unterleib stieß. Er wollte zum Doktor eilen, brach aber auf der Straße bewusstlos zusammen und wurde in ein nahegelegenes Haus gebracht, wo ein hinzugerufenen Arzt nur nach dem infolge Blutverlustes einsetzenden Tod feststellen konnte. Weill hatte sich eine Schlagader durchschnitten.

wb. Paris, 25. Juni. Der Unterstaatssekretär des Krieges hat sich nach St. Brienc begeben, wo im 71. Infanterie-Regiment der Typhus in heftigster Weise ausgebrochen ist. Auch unter der Bevölkerung der Stadt und deren Umgebung sind etwa 50 Personen an Typhus erkrankt.

wb. Paris, 25. Juni. Der Seepräsekt von Brest hat den Marineminister um die Ermächtigung gebeten, den Stapellauf des Panzers „Dalton“ bereits am 5. Juli vorzunehmen zu lassen, da bis dahin die vorbereitenden Arbeiten vollendet seien und dieser Tag, an dem die größte Feiertage des Jahres eintrete, für den Stapellauf besonders günstig erscheine.

Lechte Handelsnachrichten.

Telegraphischer Kursbericht.

(Mitgeteilt vom Bankhaus Beffer u. Co., Langgasse 16.)
Frankfurter Börse, 25. Juni, mittags 12 1/2 Uhr. Kreditaktien 109.80, Diskontokont. 185.20, Dresdener Bank 152.50, Deutsche Bank 241.25, Handelsgesellschaft 171.70, Staatsbahn 155.20, Lombarden 21.40, Baltimore und Ohio 115.70, Selsentkirchen 177.30, Wodumer 225.50, Sarpener 150.20, Nordd. Lloyd 90, Hamb.-Amer.-Palet 117, 4proz. Russen 86.40.

Schiffs-Nachrichten.

Hamburg-Amerika-Linie. Bureau der Gesellschaft, F 228, Wilhelmstraße 10.

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: Nach New York: 27. 6. Postdampfer „President Lincoln“, 1. 7. „Cincinnati“, 8. 7. „America“, 15. 7. „Cleveland“, 18. 7. „President Grant“, 22. 7. „Kaiserin Auguste Viktoria“, 25. 7. „Pennsylvania“, 1. 8. „President Lincoln“, 5. 8. „Cincinnati“, 8. 8. „Albatros“, 12. 8. „America“, 14. 8. „Graf Waldecker“, Nach Boston: 30. 6. Postdampfer „Vosnia“, 13. 7. „Bergania“, Nach Baltimore: 30. 6. Postdampfer „Vosnia“, 13. 7. „Bergania“, Nach Philadelphia: 29. 6. Postdampfer „Athena“, 22. 7. „Barcelona“, Nach Kanada: 15. 7. Postdampfer „Goethe“, 16. 7. „Willybad“, Nach Westindien: 3. 7. Postdampfer „Batavia“, 5. 7. „Schaumburg“, 7. 7. „Austria“, Nach Mexiko: 28. 6. Postdampfer „Dania“, 3. 7. „Konstantia“, 14. 7. „Wetterwald“, 18. 7. „Spreewald“, 28. 7. „Wiborgia“, Nach Ostasien: 30. 6. Postdampfer „E. Ferd. Daeiss“, 10. 7. „Ambrak“, 20. 7. „Nicomedia“, 30. 7. „Liberia“, Nach Madagaskar: 7. 7. Postdampfer „Derm“.



Öffentlicher Wetterdienst.

Wettervorausagen

für den 26. Juni:

der Dienststelle Frankfurt a. M.

(Meteorolog. Abteilung des Köbital. Vereins):

Wolkig, meist trocken, kühl, windig.

der Dienststelle Weilburg

(Landwirtschaftsschule):

Borerst noch keine wesentliche Änderung.

Genauerer durch die Frankfurter und Weilburger Wetterkarten (monatl. je 50 Pf.), welche am „Tagblatt-Haus“ Langgasse 27 täglich angeschlagen werden.

Die Wettervorausagen sind außerdem in der Tagblatt-Haupt-Agentur Wilhelmstraße 6 und in der Tagblatt-Zweigstelle Bismarckring 29 tägl. ausgehängt.

Meteorolog. Beobachtungen. Station Wiesbaden.

24. Juni.	7 Uhr morgens	2 Uhr nachm.	9 Uhr abends.	Mittel.
Barometer auf 0 u. Normaltemp.	747.4	746.6	747.0	747.0
Barometer a. d. Meerespiegel	757.6	756.6	757.0	757.1
Thermometer (Celsius)	11.9	16.0	12.7	13.5
Dampfspannung (Millimeter)	9.1	10.4	10.2	9.9
Relative Feuchtigkeit (%)	89	77	94	86.7
Windrichtung	SW. 2	SO. 2	SW. 1	—
Niedererschlagshöhe (Millim.)	—	0.0	0.8	—
Höchste Temperatur (Celsius)	17.7. Niedrigste Temperatur 9.6.			

Auf- und Untergang für Sonne (☉) und Mond (☾).

(Durchgang der Sonne durch Süden nach mittlereuropäischer Zeit.)

Juni.	im Süden	Aufgang	Untergang	Aufgang	Untergang
Uhr Min.	Uhr Min.	Uhr Min.	Uhr Min.	Uhr Min.	Uhr Min.
	12 30 4	20 8	89 1	89. 13	51 2.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 10 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur für Inhalt und Gestalt: H. Geerthoff; für Form, Druck, Sport und unech. Tell.: A. Kaiser; für Wiesbadener Nachrichten: J. S. C. Böhmer; für auswärtige Nachrichten, Was der Umgebung und Berührung: G. Dierckbach; für die Anzeigen und Bekanntmachungen: G. Dierckbach. Druck: H. Geerthoff. Druck- und Verlags-Bureau: H. Geerthoff, Bismarckring 29, Wiesbaden.